

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 34. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 21.08.2002

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.10 Uhr bis 14.40 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 34. Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h**.

Frau **Eichstädt**, Waldkindergarten Halle e.V., fragte, warum würden zuerst die Eltern mit Kindern, bezugnehmend auf die Haushaltskonsolidierung der Stadt, belastet, während an anderen Stellen durchaus nicht gespart werde.

Wie sei die Stadt bei der Vorlage zu den neuen Gebühren dem Anspruch der Eltern auf Information gerecht geworden? Die Eltern in dem genannten Kindergarten, aber auch Eltern in Bekanntenkreis hätten dazu nichts erfahren.

Weiterhin nenne sie nur noch das Stichwort Schulsanierung; diese sei auch zurückgestellt worden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete zur Thematik Kita-Gebühren und Sparmaßnahmen. Die Aussage, dass die Stadt zuerst bei Eltern mit Kindern spare und an anderen Stellen nicht, sei so nicht richtig. Es gebe ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm, das die unterschiedlichsten Aspekte zu Einsparungen enthalte, aber auch Punkte ausweise, wo man die Einnahmen erhöhe. Sie wisse, dass das an vielen Stellen schmerzlich sei, weil es auch die Bürgerinnen und Bürger treffe, aber die Stadt bewege sich in dem Spielraum auch vergleichbarer Städte und sehe immer zu, dass das Ganze sich in dem Rahmen bewege, was andere auch tun müssen.

Was die Schulsanierung anbelange, so sei dies verschoben wurden, da aufgrund der Haushaltssituation der Stadt durch das Regierungspräsidium die Mittel für Neubeginne von Sanierungsmaßnahmen nicht genehmigt worden seien.

Herr **van Rissenbeck**, Referent im Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Gesundheit, antwortete zum Verfahren der Beteiligung der Eltern bei der Neufestlegung der Kita-Gebühren: Im Kinderbetreuungsgesetz sei festgeschrieben, dass die Kuratorien bei allen Entscheidungen über Kindertagesstätten beteiligt werden. Dieses Beteiligungsverfahren habe auch in Bezug auf die Gebührenerhöhung stattgefunden, zum ersten Mal, bevor die erste Vorlage im Jugendhilfeausschuss beraten worden sei, in jeder Kindertageseinrichtung der Stadt Halle einzeln und zum zweiten Mal am 16.08. 2002 mit Vertretern von 52 Elternkuratorien.

Frau **Eichstädt** bemerkte, dass damit für die Eltern jedoch keine Möglichkeit mehr gewesen sei, sich in irgend einer Art im Vorfeld dazu zu äußern; offiziell sei man nicht darüber informiert worden.

In einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu der ersten Vorlage sei sie als Elternvertreterin anwesend gewesen. Dort habe Frau Szabados klar und deutlich gesagt, dass die Erhöhung der Kita-Gebühren mit der Haushaltskonsolidierung nichts zu tun habe. Das scheine nun doch nicht zu stimmen.

Herr **van Rissenbeck** ging nochmals auf das Verfahren zur Elternbeteiligung ein.

Herr **Stech**, Gesellschaft zur Erhaltung historischer Bauten, fragte, ob sich die Stadt vorstellen könnte, die Gebäude der Mittelstraße 17/18 in die Obhut eines eingetragenen Vereins zu geben, der sie bewohnen, öffentlich nutzen und denkmalpflegerisch sanieren würde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, im Moment liege ein Entscheidungsvorschlag zu den Gebäuden vor und es sei schwierig, jetzt das Verfahren neu aufzumachen und über ein solches Konzept zu debattieren. Im nichtöffentlichen Teil der Tagung werde heute zu dieser Thematik beraten.

Herr **Nilkes** äußerte sich zur Stilllegung der S-Bahnlinie nach Dölau.

Sei es der Stadt bewusst, wenn sie sich heute oder später eine Meinung über die Notwendigkeit einer S-Bahn nach Dölau bilde, dass es künftig nach dem vorgesehenen neuen Bus-Plan nicht mehr möglich sein werde, zu bestimmten Tageszeiten mit einem Stundenfahrtschein per Bus nach Dölau-West zu kommen?

Sei es der Stadt bewusst, dass ein Stadtteil mit einer solchen öffentlichen Verkehrsanbindung signalisiere, das in Halle die Lichter ausgehen?

Warum werde seitens der Stadt nicht mehr getan, um die Schwächung eines wachsenden Ortsteils bei insgesamt dramatischer Abwanderung aus der Stadt zu verhindern?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Stilllegung der S-Bahn-Strecke sei eine Entscheidung der Landesregierung. Die Stadt Halle habe ihren Protest bei der Landesregierung vorgebracht. Auch die Aufsichtsratsmitglieder der NASA seien nicht informiert worden; man habe also in die Entscheidung überhaupt nicht eingreifen können. Die HAVAG habe dankenswerter Weise dafür gesorgt, dass zusätzlich Busse auf dieser Strecke eingesetzt wurden. Jetzt werde ein Konzept erarbeitet, wie der S-Bahn-Verkehr ersetzt werden könne. Dazu gebe es eine Abstimmung zwischen Bahn AG, der Stadt Halle und der Landesregierung, um ein vernünftiges Konzept für die Bedienung an dieser Stelle zu bekommen. Das werde nicht ohne Anstrengung für die Stadt abgehen, da zusätzliche Haltestellen zu bauen seien. Das koste Geld, und es sei noch nicht geklärt, wer das bezahle.

Man könne versichert sein, dass der Stadt das Problem sehr bewusst sei, sie aber auch nur bestimmte Möglichkeiten habe, einzugreifen.

Herr **Laurich** sprach im Namen der Händler des Hallmarktes zu den geplanten Kaufcenter. Er fragte, wer von außerhalb noch als Kunde in die Innenstadt fahren werde, wenn er von Einkaufscenter in den Einfallstraßen abgefangen werde. Könne man diese Einkaufszentren nicht zurückstellen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, sie verstehe die Diskussion. Heute werde man nicht über drei Einkaufszentren entscheiden. Es gehe um einen Bebauungsplan, der ausgelegt werden solle für ein Zentrum im Trotha. Die Entscheidung sei schon einmal aufgeschoben worden und man habe extra noch einmal ein Gutachten zu den genannten Befürchtungen anfertigen lassen. Das Gutachten sage nicht aus, dass die Innenstadt durch die Zentren betroffen seien.

Herr **Tauschel** von der Citygemeinschaft Halle appellierte an die Stadträte, den Handel in der Innenstadt zu fördern. Das Motto müsse lauten: alle Investoren in die Innenstadt. Es gebe genügend freie Flächen, dort Handel zu betreiben. Auch bitte er, die bestehenden Beschlüsse aus den 90iger Jahren, die sich damit befasst haben, eine beruhigte Innenstadt weiter zu halten, zu überdenken.

Frau **Maercker** äußerte sich ebenfalls zur Stilllegung der S-Bahn-Strecke. In einer E-Mail an den Bürgerbriefkasten habe sie schon einmal begründet, warum ein Bus nicht unbedingt ein Ersatz für eine S-Bahn sei. Für die Dölauer entstünden noch mehr Notwendigkeiten zum Umsteigen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, sie habe Verständnis für diese Meinung. Sie wisse, dass die S-Bahn für viele ein bequemerer Angebot sei als der Bus. Aber es liege nicht in der Hand der Stadt, es sei eine Frage der Finanzierbarkeit. Am Ende müsse es ein Konzept geben, bei dem die Stadt nicht zusätzlich belastet werde.

Frau **Grundmann** erklärte für die Bürgerinitiative Trotha, wenn es heute darum gehe, diesen Einkaufsmarkt in Trotha zu fördern, dann bitte sie dies als einen Teil der Funktionsfähigkeit der Stadt und als Magnet für Halle zu sehen. Trotha sei ein sehr schönes Wohngebiet im Siedlungsbereich mit wenig Leerstand. Sie glaube, die Trothaer haben sich diesen Markt verdient. Natürlich hätten sie auch gern schon seit langem kleinere ansprechende Märkte, integriert in das Wohngebiet, aber man lebe in der Marktwirtschaft und das bedeute, dass man sich die Investoren, die über die Zukunft mitgestalten, nicht aussuchen könne. Aber jeder, der komme und Vorteile biete sowie die Bürger bei der Gestaltung einbeziehe, der sei willkommen.

Wenn heute über das Vorhaben entschieden werde, entscheide man nicht über Umsatzzahlen, sondern entscheide über die Zukunft eines Gewerbegebietes am Rande der Stadt, das im Rahmenkonzept Trotha-West ausgeschrieben sei und bei dem es seit Jahren einfach nicht weitergegangen sei. Man entscheide auch darüber, ob sich auch junge Leute wieder in dem Wohngebiet wohlfühlen werden, weil einfach etwas los sei.

Herr **Riemer** fragte den Olympiabeauftragten der Stadt Halle, ob es ihm gelungen sei, dass alle Damen und Herren des Stadtrates Mitglieder des Vereins "Halle für Olympia 2012" geworden sind. Sollte dies nicht der Fall sein, bitte er das Versäumnis nachzuholen. Er vermisse Initiativen, um breite Teile der Bevölkerung einzubeziehen.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, entgegnete, natürlich obliege es ihm in seiner Eigenschaft als Olympiabeauftragter, für die Mitgliedschaft in diesem Verein Werbung zu machen. Als Privatperson tue er das natürlich. Die Werbung obliege dem Vorstand des Vereins, und er wisse, dass viele Mitglieder des Stadtrates bereits eingetreten seien.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin

N i e d e r s c h r i f t

der 34. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 21.08.2002 – *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.40 Uhr bis 19.25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis im Anhang

Die 34. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h**.
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Gegenwärtig seien 49 Mitglieder des Stadtrates (86 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Der Tagungsleiter bat um Zeitverschiebung bei der Behandlung von TOP 03, da Gäste aus Leipzig erwartet würden. Ebenso bitte er, möglicherweise die TOP 17 bis 22 erst dann zu behandeln, wenn Frau Bürgermeisterin Szabados, gegenwärtig noch auf dem Wege von Berlin zurück, anwesend ist.

Er fragte Herrn Stadtrat Müller, ob dessen Antrag unter TOP 23 nach der gestrigen Softwarevorführung noch in allen Punkten bestehen bleiben solle.

Dies wurde bestätigt.

Auf Nachfrage wurde ihm seitens der FDP-Fraktion bestätigt, dass der Antrag zum Rive-Denkmal erledigt sei und von der Tagesordnung genommen werden könne.

Über die Aufnahme folgender Vorlagen sei zu entscheiden:

III/2002/02435 - **Dringlichkeitsvorlage - Satzung der Stadt Halle über die Erweiterung des förmlich festgelegten städtebaulichen Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" um den Bereich des Solbad Wittekind**

III/2002/01962 - **Antrag der FDP-Fraktion** aus der Wiedervorlage im Zusammenhang mit den TOP 06 und 07

III/2002/02612 - **Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion - zur Streckenabbestellung der S-Bahn zwischen Halle-Nietleben und Halle-Dölau**

III/2002/02613 - **Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss des Stadtrates**

Änderungen und Ergänzungen lägen zu den TOP 17, 18 und 25 vor.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, äußerte sich zum Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion. Im Planungsausschuss sei bereits eine Anfrage "Position der Stadt zur S-Bahn-Schließung und mögliche Alternativen" an die Verwaltung gestellt worden. Unter Berücksichtigung der Anfrage und den Ausführungen der Oberbürgermeisterin in der heutigen Fragestunde sehe er, auch im Namen der Fraktion, die Dringlichkeit zu diesem Antrag in dem Sinne nicht mehr gegeben. Man sollte die angeforderte Stellungnahme der Verwaltung abwarten und sollte den vorliegenden Antrag dann in der Septembertagung des Stadtrates behandeln.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, sprach für die Dringlichkeit dieses Antrages. Die Situation sei einfach so, dass die S-Bahn jetzt nicht mehr fahre.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, erklärte, das Problem bewege die Stadt Halle. Man sollte die Gestellten Fragen in den Gremien besprechen und der Oberbürgermeisterin den Rücken stärken, um eventuell doch noch eine Alternative zu erreichen.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, sah für seine Fraktion die Dringlichkeit des Antrages gegeben. Über die Beschlussfassung des Stadtrates sollen die Aktivitäten der Oberbürgermeisterin mit politischem Nachdruck versehen werden.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, äußerte, seine Fraktion sehe die Dringlichkeit des PDS-Antrages nicht. Zum Dringlichkeitsantrag – Berufung einer sachkundigen Einwohnerin – erinnerte er an eine Tagung im Frühjahr, als von bestimmten Antragstellern Dringlichkeiten behandelt worden sind. Man sei jedoch nicht gewillt, hier Retourkutschen zu machen und hoffe, dass damit wieder eine Rückkehr zur Gewohnheit erreicht werde.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, begründete die Dringlichkeit für die Vorlage der Verwaltung – Erweiterung des Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" im Bereich des Solbad Wittekind.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, vergewisserte sich, ob die Wiedervorlage des Antrages der FDP-Fraktion nach Möglichkeit thematisch passend bei den TOP 06 und 07 zur Abstimmung kommen könne.

Der Tagungsleiter bestätigte, dass dies bei Aufnahme in die Tagesordnung so vorgesehen sei.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur Aufnahme der Vorlage Nr. III/2002/02435:

(Solbad Wittekind)

mit mehr als Zweidrittelmehrheit

z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Aufnahme Antrag der FDP-Fraktion: mehrheitlich a b g e l e h n t

(SB-Warenhaus Trotha)

Abstimmung zur Aufnahme Antrag der PDS-Fraktion: mehrheitlich a b g e l e h n t

(S-Bahn-Strecke Dörlau)

Abstimmung zur Aufnahme Antrag der CDU-Fraktion:

(Sachkundiger Einwohner KA)

mit mehr als Zweidrittelmehrheit

z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Tagesordnung einschl. Ergänzungen: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 1 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.06.2002**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 19.06.2002**
- 3 **Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig 2012**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02568
- 4 **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 für das Thalia Theater/ Kinder- und Jugendtheater Halle**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02295
- 5 **Erwerb eines Geschäftsanteils von 20 % an der Konzerthalle Händelforum Betriebsgesellschaft mbH**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02545
- 6 **Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 7, Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Großflächiger Einzelhandel" in Trotha zwischen Magdeburger Chaussee und Brachwitzer Straße**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01765
- 7 **Beschluss zur Aufstellung und zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 117 Halle-Trotha, SB-Warenhaus Magdeburger Chaussee**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01767
- 8 **Vorgezogene Aufhebung der Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 79 "HASA-TRONIC-Carre"**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02307
- 9 **Beschluss zur Offenlage des Bebauungsplanentwurfes Nr. 32.8 Heide-Süd**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02311
- 10 **Bebauungsplan Nr. 109 Dölau, Koppelweg/Am Mönchsholz - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02316
- 11 **Satzungen der Stadt Halle (Saale) zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart der Gebiete auf Grund ihrer städtebaulichen Gestalt**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02361
- 12 **Satzung der Stadt Halle (Saale) über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes "Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel südliche Vorstadt"**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02374
- 13 **Gewerbegebieterschließung "Neue Messe Halle-Bruckdorf"**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02386

- 14 Benennung von drei Wegen in Heide-Süd und eines Straßenabschnittes der Äußeren Leipziger Straße**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02531
- 15 Projekte Investorengewinnung und Stadtmarketing der Roland Berger Strategy Consultants/Ergebnisse und Schlussfolgerungen für Umsetzungsaktivitäten**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02315
- 16 Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt ausgewählte Maßnahmen der Sozialhilfe durch den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02326
- 17 Satzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle**
Gebührensatzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle
Vorlagen-Nr.: III/2002/02148
- 18 Beschluss zur Änderung der Betriebsform für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02519
- 19 Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02414
- 20 Vereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02378
- 21 Fachkonzept Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) Kommunale Beschäftigungsförderung**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02546
- 22 Einleitung der Vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB zur Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern", Halle (Saale) um den Bereich "Königliches Pädagogium in den Franckeschen Stiftungen"**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02583
- 22A Dringlichkeitsvorlage - Satzung der Stadt Halle über die Erweiterung des förmlich festgelegten städtebaulichen Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" um den Bereich des Solbad Wittekind**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02435

Wiedervorlage

- 23 **Antrag des Stadtrates Klaus Müller, PDS - zum Stadtratsinformationssystem (Dokumentenserver)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02184
- 24 **Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Auflösung des Mietvertrages mit den Nutzern der Reilstraße 78**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02252
- 25 **Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die einheitliche Begrenzung der Zuwendungshöhe**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02254

Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 26 **Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion - Umbesetzung des Finanzausschusses**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02513
- 27 **Antrag der Stadträtin Isa Weiß, CDU - zur Vorlage eines Vergleiches zwischen dem Stellenplan alter Fassung und dem Stellenplan der am 01.07.2002 eingeführten Struktur hinsichtlich der Stellen des höheren Dienstes**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02571
- 28 **Antrag der SPD-Fraktion - zur Bezuschussung des "Open-Air-Kinos" in Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02578
- 29 **Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS - zum Wirken von Ganztagschulen in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02579
- 30 **Antrag der PDS-Fraktion - zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02582
- 31 **Antrag der HAL-Fraktion - zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges im Bereich Kreuzung Waldstraße/Blumenuweg/Kesselbergweg**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02587
- 32 **Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss des Stadtrates**
Vorlagen-Nr. III/2002/02613

Anfragen von Stadträten

- 33** **Anfrage der Unabhängigen Bürgerfraktion - zur Denkfabrik**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02516
- 34** **Anfrage der Unabhängigen Bürgerfraktion - zur Nutzung leerstehender Schulgebäude**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02562
- 35** **Anfrage des Stadtrates Dietmar Klimek, PDS - zur Grundsteuerabrechnung bei der GWG Halle-Neustadt mbH**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02575
- 36** **Anfrage der Stadträte Dr. Annegret Bergner, CDU, und Thomas Godenrath, CDU - betreffend die Prüfung von Elterneinkommen**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02577
- 37** **Anfrage der SPD-Fraktion - zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02580
- 38** **Anfrage der Stadträtin Marlies Schaffer, PDS - zu Fragen der Ordnung und Sauberkeit**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02581
- 39** **Anfrage der SPD-Fraktion - zum Bearbeitungsstand der Projekte im Rahmen des Programms "Urban 21" im Stadtteil Neustadt**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02586
- 40** **Anfrage des Stadtrates Dr. Günter Kraus, SPD - zur Privatisierung des Kartenverkaufs für Veranstaltungen der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02589
- 41** **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff , HAL-NEUES FORUM - zu Kindertageseinrichtungen**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02590
- 42** **Anfrage der Stadträte Dr. Günter Kraus und Andreas Schmidt, SPD - zur Kulturkonzeption der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02592
- 43** **Anfrage der SPD-Fraktion - zum Beschluss Vorlagen-Nr.: III/2001/01963 vom 27.03.2002, TOP 20, Antrag der CDU-Fraktion zur Parkplatzsituation um den Hallmarkt**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02595
- 44** **Mündliche Anfragen von Stadträten**

Mitteilungen

45 Realisierung des Sachantrages der CDU-Fraktion zur Vorlage - Haushaltssatzung und Haushaltssicherung 2002 bis 2007

Vorlagen-Nr.: III/2002/02406

46 Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2002

Vorlagen-Nr.: III/2002/02567

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, merkte an, es sei mehr als ungünstig, wenn die Wiedervorlage des FDP-Antrages nicht im thematischen Zusammenhang mit den beiden Vorlagen behandelt werden könne. Es sei die Frage, ob es in Ordnung sei, dass eine Wiedervorlage so einfach per Beschluss abgesetzt werden könne.

Herr **Bönisch** verwies auf die Frist von 21 Tagen vor einer Tagung zur Einreichung der Vorlagen. Die Wiedervorlage sei nicht fristgemäß eingereicht worden und habe deshalb nicht auf der Tagesordnung gestanden. Für eine zusätzliche Aufnahme sei eine Zweidrittelmehrheit des Stadtrates erforderlich, die nicht aufgebracht worden sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ergänzte, die Verwaltung habe den Antrag erst einbringen können, nachdem der Fachausschuss zur Thematik getagt habe. Dieser Termin sei nicht 21 Tage vor der Stadtratstagung gewesen; es sei also gar nicht möglich gewesen, den Antrag zeitgerecht einzureichen.

Zu TOP 01 - Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.06.2002

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas den Inhalt von drei Beschlüssen der 33. Tagung des Stadtrates, die in nichtöffentlicher Beratung gefasst worden waren.

Zu TOP 02 – Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 33. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 19.06.2002.

Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde die Niederschrift der 33. öffentlichen Tagung des Stadtrates in der vorliegenden Form genehmigt.

Zu TOP 04 - Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle

Vorlagen-Nr.: III/2002/02295

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass auch mit diesem Haushalt wieder ein Nachtrag gleich mitbeschlossen werde. Wie man der Vorlage entnehmen könne, sei ausgewiesen, dass die Tarifierhöhungen mit diesem Haushaltsansatz nicht abgedeckt werden können. Dieser Umstand trete seit Jahren auf und werde seitdem bemängelt. Sie frage Herrn Dr. Marquardt, wie weit die Bemühungen der Stadtverwaltung gediehen seien, endlich die Voraussetzungen für eine mittelfristige Haushaltsführung, die im Theatervertrag angemahnt worden seien, zu schaffen.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, antwortete, insgesamt stünden die Bemühungen bei den Theatern analog zu den Bemühungen zu den Orchestern um Straffung und auch um Zusammenführung im Zeichen der Haushaltskonsolidierung. Es seien Gespräche im Gange und es werde versucht, das Problem zu lösen. Er befürworte durchaus eine mittelfristige Haushaltsführung, das müsse aber diskutiert werden. Es habe erste Gespräche mit Intendanten der drei Theater, die nicht dem Musiktheaterbereich zugehören, gegeben, um hier zu Straffungen zu gelangen. Analoge Probleme gebe es ja auch im Bereich des "neuen theater" und man müsse in der Tat hier zu gemeinsamen Lösungen kommen.

Im Zuge der Haushaltsklausur habe man über diese Dinge gesprochen und werde analog zur Orchestersituation sich auch bemühen, im nichtkünstlerischen Bereich schnell zu Straffungen zu kommen und entsprechende Vorlagen einzubringen.

Frau **Dr. Wünscher** erwiderte, eigentlich sei ihre Frage nicht beantwortet worden. Sie habe wissen wollen, wie man mit dem Umstand umgehe, dass man mit diesem Haushalt gleich wieder den Nachtrag beschließe. Das habe doch mit einer Haushaltskonsolidierung nichts zu tun.

Herr **Dr. Marquardt** erklärte, im Moment gingen die Kennzahlen von einer 2,5%igen Tarifierhöhung aus. Der Arbeitgeber der Theater, der Deutsche Bühnenverein, sähe das anders, dort gehe man von 4,5 % aus. Man habe sich dazu ausgesprochen, auch im Hauptausschuss, als diese Vorlage auf dem Tisch gelegen habe, die er dann zurückgezogen habe. Man habe gesagt, dass man diese Probleme im Zuge der Umstrukturierung in der Theaterlandschaft insgesamt lösen müsse und nicht losgelöst davon. Das sei auf dem Weg.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, äußerte, auch seine Fraktion sähe sich nicht in der Lage, diesem Haushaltsplan zuzustimmen. Man habe aus dem letzten Abschluss des Thalia Theaters über 260 T€ Mehrkosten, die auf den städtischen Haushalt in einem erheblichen Umfang zukommen. Man habe eine Haushaltskonsolidierung, die nur gelingen könne, wenn es auch u.a. im Kulturbereich zu einer strukturellen Veränderung in der Rechts- und Organisationsform der Theater und der Kultureinrichtungen komme. Solange diese Rechtsform in der Struktur der Kultureinrichtungen nicht absehbar sei und damit ihre Sparpotentiale beschreibbar und nachvollziehbar seien, sehe man sich nicht in der Lage, solchen Haushalten zuzustimmen.

Diese Debatte führe man seit langem, und er finde es schon ein bisschen ärgerlich, dass man immer wieder höre, dass das schwierig sei und noch eine Weile dauere. Man hätte gern klare Aussagen und klare Vorgaben, wann sich dies auf welche Weise vollziehen soll.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, verwies auf die zurückgezogene Vorlage vom Juni hin, der im Finanzausschuss mit acht Ja-Stimmen zu null Nein-Stimmen zugestimmt worden sei. Ihn wundere, wie vehement jetzt Widerstände aufbrächen – ganz unabhängig davon, dass die geschilderte Situation richtig sei.

Er bleibe bei seiner Entscheidung, die er im Juni im Finanzausschuss getroffen habe, und werde diesem Wirtschaftsplan zustimmen. Es gehe auch darum, den Theatern eine Chance zu geben, in einem einigermaßen vernünftigen Rahmen ihren Spielplan durchzuführen.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, äußerte, Herr Dr. Marquardt habe eben die Beschlussvorlage als Beitrag zur langfristigen Haushaltskonsolidierung bezeichnet. Wenn er sich allerdings die Zuschüsse der Stadt in der mittelfristigen Finanzplanung in der Vorlage ansehe, dann frage er sich, wenn das ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sei, dann wisse er nicht, in welche Richtung man den Haushalt konsolidiere. Er heiße, dass diese Erhöhung in 50-T€-Schritten durch die Kämmerei zugesagt worden sei. Er wisse nicht aufgrund welchen Beschlusses die Kämmerei solche Zusagen treffen könne. Das habe er alles schon einmal hinterfragt, nur es beantworte keiner. Deswegen sehe sich seine Fraktion gezwungen, diesen Wirtschaftsplan abzulehnen.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, meinte, im Grunde genommen sei Haushaltskonsolidierung nicht das Wegstreichen von Positionen, sondern eine Struktur Aufgabe. Wenn man in der Kultur sparen wolle, dann müsse man die Kultur umstrukturieren und zwar grundlegend. Das erreiche man nicht dadurch, dass man gerade ununterbrochen dem kleinen Thalia Theater in den Hintern trete.

Die hier geäußerte Kritik richte sich gegen den Falschen. Man müsse sich an die wenden, die Kultur organisieren und die verantwortlich seien für die Stadtverwaltung.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, die Aufwüchse im Haushaltsplan des Theaters würden schon ein paar Jahre vor sich her geschleppt. Darin kämen auch die Aufwendungen zum Tragen, die notwendig geworden seien durch den Abgang der Intendantin; diese seien nicht ausgeglichen worden. So viel sie wisse, seien die Aufwüchse nicht auf die Tarifierhöhungen zurückzuführen. Schon im vergangenen Jahr sei eine gewisse Tarifierhöhung eingestellt worden. Selbst die Kämmerei, die sonst zurückhaltend sei im Ausgleichen von irgendwelchen Kosten, habe den Vorschlag gemacht, diese Aufwendungen in diesem Jahr auszugleichen. Irgendwann müsse man einen Schlusstrich ziehen, sonst habe tatsächlich das Theater kaum Chancen, im nächsten Jahr vernünftig anzufangen.

Sie habe eigentlich erwartet, dass diese Diskussion im Kulturausschuss abgeschlossen worden sei. Offensichtlich sei das nicht der Fall und nun falle es hier im Stadtrat schwer, dies in allen Einzelheiten zu diskutieren. Sie sehe jedoch in der weiteren Verschiebung der Abstimmung zu diesem Wirtschaftsplan keinen Sinn, da man zu keinen neuen Erkenntnissen kommen werde. Man müsse irgendwann einmal den Schlusstrich ziehen und für die Zukunft klare Festlegungen treffen.

Man habe sich auch mit den anderen Häusern auseinandergesetzt und werde die Aufwüchse, die jetzt neu in diesem Jahr bei Philharmonie und Opernhaus entstanden seien, nicht akzeptieren.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte, ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Hier werde eine Scheindebatte geführt. Das, was Frau Dr. Wünscher gesagt habe, müsse die Verwaltung mit dem Thalia Theater wie auch mit dem neuen Theater endlich einmal angehen.

Herr **Dr. Marquardt** ging auf die Äußerungen von Herrn Prof. Schuh ein. Dieser habe völlig Recht; das wisse aber die Verwaltung auch. Es sei in der Tat nur zu lösen durch eine prinzipielle Umstrukturierung. Die sei im Gange; es erfolgten aber sehr sensible Gespräche, und man hoffe, dass man noch bis zum Jahresende eine entsprechende Vorlage einbringen könne.

Herr **Lehmann** meinte, den größten Schaden – auch für die Theater - richte man da an, wenn man auf die Weise weitermache wie bisher. Insofern richte sich die Position der SPD-Fraktion überhaupt nicht gegen das Theater. Die Theater der Stadt seien am meisten gefährdet, wenn es in dieser Schlamperei weitergehe. Es sei auch ein Antrag, der dafür spreche, dass die Verwaltung an der Stelle endlich handle, damit man zu Strukturänderungen komme, die die notwendigen Voraussetzungen dafür seien, dass dieser Kulturetat nicht aus dem Ruder laufe. Er könne - bei allen Versicherungen - überhaupt nicht sehen, dass auf diese Weise ein Konsolidierungsbeitrag über das Thalia Theater für die Stadt geleistet werde. Die SPD-Fraktion erwarte, dass in einem überschaubaren Zeitraum klar werde, auf welche Weise die Strukturveränderungen - ab wann, auf welche Weise, mit welchen Effekten – greifen.

Herr **Funke**, Beigeordneter für Zentralen Service, gab zu bedenken, dass man bei dem Theater eine Liquiditätsproblem bekomme, wenn der Wirtschaftsplan nicht verabschiedet werde. Man sollte einen Mittelweg finden und das Theater lebensfähig erhalten, indem man den Plan verabschiede. Der Intendanz sollte man aber unmissverständlich eine Einsparvorgabe machen und ein Controlling einrichten sowie den jeweiligen Gremien berichten, auf welchem Stand man jeweils sei.

Herr **Dr. Marquardt** ergänzte, es gehe darum – auch analog bei den Orchestern -, dass die Pläne eingehalten werden, dass auf entsprechende Verträge verwiesen werde, dass auch ein Kontrollsystem eingerichtet werde – man habe jetzt die Controller in den Geschäftsbereichen, die darauf achten werden, dass man auf einer monatlichen Basis die Ist-Zahlen zum Vergleich habe – um frühzeitig zu erkennen, wohin die Reise gehe. Dennoch könne das Problem für die drei Theater nur im Gesamtzusammenhang strukturell gelöst werden. Die Kultureinrichtungen würden auch im Ergebnis der Haushaltsklausur noch einmal befragt mit dem Ziel, die Kennziffern nicht weiter in die Höhe zu treiben.

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, äußerte, der Wirtschaftsplan sei im Theaterausschuss beschlossen worden, auch der Hauptausschuss habe zugestimmt. Das Theater sei überhaupt nicht vorgewarnt worden und käme völlig unvorbereitet in eine Situation, wenn der Vorlage nicht zugestimmt würde.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass es hier nicht um eine Feinddebatte gehe. Es werde höchste Zeit, dass die Verwaltung, Herr Dr. Marquardt, handle. Das sei der Kernpunkt, um den es hier gehe. Im Interesse des Theaters und der Kulturlandschaft von Halle werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02295 - Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle.

**Zu TOP 05 - Erwerb eines Geschäftsanteils von 20 % an der
Konzerthalle Händelforum Betriebsgesellschaft mbH**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02545

Es gab keinen Diskussionsbedarf zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02545 - Erwerb eines Geschäftsanteils von 20 % an der
Konzerthalle Händelforum Betriebsgesellschaft mbH**

**Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin zur Vornahme der rechtlich
notwendigen Maßnahmen für den Erwerb eines Geschäftsanteils von 20 % an der
Konzerthalle Händelforum Betriebsgesellschaft mbH.**

Zu TOP 06 - Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 7, Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Großflächiger Einzelhandel" in Trotha zwischen Magdeburger Chaussee und Brachwitzer Straße

Vorlagen-Nr. III/2001/01765

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, stellte fest, dass die Entscheidung zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 ja noch einmal verschoben worden sei, weil Ergebnisse eines Gutachten zur Frage, ob die geplanten Einrichtungen in Trotha den Innenstadthandel beeinflussen würden - erwartet worden seien. Das Gutachten sei in einer gemeinsamen Sitzung von Wirtschaftsförderungsausschuss und Planungsausschuss vorgestellt worden und es seien sehr viele Fragen an den vortragenden Gutachter gestellt worden.

Dabei sei herausgekommen, dass die Innenstadtrelevanz der Einrichtungen offenbar nicht so gravierend sei wie zunächst befürchtet worden war. Jedoch würden die bereits bestehenden Handelseinrichtungen in den jeweiligen Stadtvierteln sehr wohl ausgeprägt beeinträchtigt. Die Empfehlung des Gutachten sei gewesen, diese Märkte nicht zu bauen. Sie könne nicht verstehen, warum ein Gutachten gemacht werde und dann die Ergebnisse des Gutachtens weggewischt werden.

Sie plädiere dafür, diese beiden Vorlagen abzulehnen. Natürlich sei es erst einmal ein Verwaltungsverfahren, das in Gang gesetzt werde, wenn beschlossen werde. Aber da sei schon die Gefahr, dass sich das verselbstständige; wenn man das Schritt für Schritt weitergehe, werde es immer schwerer, das Vorhaben abzulehnen.

Natürlich gebe es viele Bürger, die sich freuen würden, ein solches Zentrum zu haben. Es gebe aber bestimmt auch genau so viele, die ihren Laden um die Ecke behalten möchten bzw. die nicht in das Zentrum fahren könnten.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, meinte, bei der Diskussion um die Offenlegung eines Bebauungsplanes und um die Änderung des Flächennutzungsplanes gehe es nicht nur darum, in einer bestimmten Region die Versorgung zu verbessern oder ein momentan noch nicht vorhandenes Potential auszubauen, es gehe vielmehr auch um ein übergeordnetes Ziel in der Stadt Halle – die Stärkung der Innenstadt als aktive Wirtschaftsförderung für die Stadt. Da sei es wichtig, das vorgelegte Gutachten nicht so einfach vom Tisch zu wischen, obwohl dort genau die Punkte, die in dem neulich eingereichten FDP-Antrag, um den B-Plan im Hermes-Arial und die Änderung im Flächennutzungsplan wieder aufzuheben, genannt worden sind, angesprochen werden. Es gehe eindeutig darum, dass in den Bereichen eine Umsatzumverteilung stattfinden werde, die letztendlich auch Auswirkungen auf die Nahversorgung – die vorhandenen Märkte - haben werde.

Die Bedenken seiner Fraktion zum Bereich Trotha seien die gleichen wie die, die bereits in dem früher gestellten Antrag niedergeschrieben worden seien. Man bitte, diese beiden Vorlagen abzulehnen und in der nächsten Stadtratstagung dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, teilte mit, dass Planungsausschuss als auch Wirtschaftsausschuss den Vorlagen zugestimmt haben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Zu TOP 07 - Beschluss zur Aufstellung und zur öffentlichen
Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen
Bebauungsplanes Nr. 117 Halle-Trotha,
SB Warenhaus Magdeburger Chaussee**
Vorlagen-Nr. III/2001/01767

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2001/01767 – Beschluss zur Aufstellung und zur öffentlichen
Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen
Bebauungsplanes Nr. 117 Halle-Trotha, SB Warenhaus
Magdeburger Chaussee**

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 117.

Der vorhabenbezogene B-Plan erhält die Bezeichnung Nr. 117 Halle-Trotha, SB-Warenhaus Magdeburger Chaussee.

Der Stadtrat billigt den vorliegenden Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und den Entwurf der Begründung.

**Zu TOP 08 - Vorgezogene Aufhebung der Satzung über den
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 79
"HASA-TRONIC-Carre´"**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02307

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, begründete in Vertretung des zuständigen Beigeordneten die Vorlage.

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02307 - Vorgezogene Aufhebung der Satzung über den
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 79 "HASA-
TRONIC-Carré"**

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Aufhebung der Satzung über den VE-Plan Nr. 79 entsprechend § 12 (6) BauGB unter dem Vorbehalt, dass anlässlich der im Beschlusspunkt 2 festgelegten öffentlichen Auslegung dieses Beschlusses keine Anregungen vorgetragen werden, die eine Abwägung erfordern.**
 - 2. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des vorgenannten Beschlusses gemäß § 13 i.V.m. § 12 (3) BauGB.**
-

Zu TOP 09 - Beschluss zur Offenlage des Bebauungsplanentwurfes Nr. 32.8 Heide-Süd

Vorlagen-Nr.: III/2002/02311

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, wies auf ein Ergänzungsblatt hin, dass durch Empfehlung des Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten entstanden sei. Darin sei die extensive Begrünung der flachgeneigten Dächer bis zu einer Neigung von 30° geändert worden in eine Neigung auf 15°.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02311 - Beschluss zur Offenlage des Bebauungsplanentwurfes
Nr. 32.8 Heide-Süd**

- 1. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 32.8 Heide-Süd, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Textliche Festsetzungen).**
 - 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den unter Punkt 1 genannten Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.**
-

**Zu TOP 10 - Bebauungsplan Nr. 109 Dölau, Koppelweg/
Am Mönchsholz –
Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02316

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, merkte an, in den Betrachtungen zu den wesentlichen Auswirkungen der Planung für dieses Gebiet sei vermerkt worden, dass eine mögliche Beeinträchtigung der Dölauer Heide, insbesondere ihre Funktion im Biotopverbundsystem als nicht erheblich und nachhaltig eingestuft wurde. Das möge, wenn man nur dieses kleine Gebiet betrachte, stimmen, aber sie denke, man müsse die ganze Umgebung mit betrachten und sehen, dass genau solche Aussagen immer wieder für kleine Baugebiete ringsherum um die Heide getroffen worden seien und der Heiderand irgendwann zu sei und die Verbindung zur Landschaft verloren gehe bzw. beeinträchtigt werde. Das sollte in Zukunft beachtet werden.

Aus diesem Grund werde ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, informierte, der zuständige Fachausschuss habe der Vorlage zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02316 - Bebauungsplan Nr. 109 Dölau, Koppelweg/
Am Mönchsholz – Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

- 1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 109 Dölau, Koppelweg/ Am Mönchsholz wird einschließlich der Begründung gebilligt, die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.**
 - 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung durchzuführen.**
-

Zu TOP 11 - Satzungen der Stadt Halle (Saale) zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart der Gebiete auf Grund ihrer städtebaulichen Gestalt

Vorlagen-Nr.: III/2002/02361

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, begründete die Vorlage.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zur Satzung Nr. 9: bei 45 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Satzung Nr. 10: bei 46 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Satzung Nr. 11: bei 47 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Satzung Nr. 12: bei 47 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2002/02361 - Satzungen der Stadt Halle (Saale) zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart der Gebiete auf Grund ihrer städtebaulichen Gestalt

Der Stadtrat beschließt die Erhaltungssatzungen für die Elsa-Brändström-Straße (Erhaltungssatzung Nr. 9), die Damaschkestraße (Erhaltungssatzung Nr.10), die Merseburger Straße (Erhaltungssatzung Nr. 11) und die Pestalozzistraße (Erhaltungssatzung Nr. 12) nach § 172 Abs. 1 Satz Nr. 1 BauGB.

**Zu TOP 12 - Satzung der Stadt Halle (Saale) über die förmliche
Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes
"Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem
Gründerzeitviertel südliche Vorstadt"**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02374

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage: bei 48 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02374 - Satzung der Stadt Halle (Saale) über die förmliche
Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes
"Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem
Gründerzeitviertel südliche Vorstadt"**

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung über die förmliche
Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes "Altindustriestandorte
Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel südliche Vorstadt" auf der Grundlage
von § 142 (1) und (3) BauGB.**

Zu TOP 13 - Gewerbegebieterschließung "Neue Messe Halle-Bruckdorf"

Vorlagen-Nr.: III/2002/02386

(Auf Antrag der HAL-Fraktion erscheint ein Wortprotokoll.)

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates: "Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Köck, bitte."

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion: "Ich hatte eine Frage, weil ich beim Wirtschaftsausschuss das zwar angesprochen hatte, dann aber weg musste, und ich dann die Information bekommen habe, es ist darüber nicht beraten worden. Meine Frage: Es hat seitens der Messegesellschaft das Angebot gegeben an die Stadt, den Parkplatz Süd in einem anderen Finanzierungsmodell durchzuführen, was mir eigentlich logisch erschienen ist. Der Stadt würde es praktisch das Kreditvolumen reduzieren. Die Messe könnte eröffnet werden mit fertigen Parkplätzen, also aus meiner Sicht eigentlich eine interessante und lohnenswerte Angelegenheit. Jetzt die Nachfrage – das ist nicht Gegenstand der Vorlage - es ist also seitens der Verwaltung offensichtlich verworfen worden? Weshalb?"

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: "Also ich würde Herrn Heinz bitten, dazu Stellung zu nehmen. Er hat das bearbeitet."

Herr **Heinz**, Leiter der Stabsstelle Erschließung und Baukoordinierung: "Ja, meine Damen und Herren, bisher war es eben vorgesehen, den südlichen Parkplatz – dass den die Stadt selber baut, auf eigene Kosten. Fördermittel sind nicht vorgesehen. Der Investor hat jetzt den Vorschlag gemacht, eben den Parkplatz auf eigene Kosten zu bauen. Allerdings will er mittels Pachtvertrag oder ähnlichem 100%ig die Finanzierungskosten und Finanzierungsrisiken von der Stadt erstattet haben. Wir haben jetzt Kontakt aufgenommen zum Regierungspräsidium, und die erste Stellungnahme ist die, dass ginge so nicht, das wäre in diesem Fall eine unzulässige Umgehung und wir wären insofern gleichwohl an die Ausschreibungsregeln gebunden. Eine definitive Stellungnahme soll es geben, morgen oder übermorgen, da sind wir mit dem Dezernat Kommunalaufsicht in Verbindung. Aber wir sehen das als Stadtverwaltung ausgesprochen skeptisch, denn bei aller Hilfestellung gerade für einen Investor in schwieriger Zeit – die Vergaberegeln können wir so nicht ohne weiteres aus den Angeln heben."

Herr **Bönisch**: "Darf ich da noch einmal nachfragen. Ist dabei auch die Idee erwogen worden, einen städtischen Betrieb, ein städtisches Unternehmen als Mieter ins Geschäft zu stecken, sozusagen?"

Herr **Heinz**: "Seine Vorstellungen war, dass diese Parkplätze einfach von der Stadt zurückgepachtet werden, dass er für eine symbolische Mark das Grundstück geschenkt erhält, bebaut und da mit der Stadt einen Pachtvertrag abschließt für Zins und Tilgung. Stadtintern haben wir uns zusätzlich Gedanken gemacht, wer sollte denn diese Fläche nutzen. Die HAVAG signalisiert hier wenig Interesse; es ist eine Menge Aufwand. Und die städtischen Prüfungen haben eines ergeben, der Parkplatzbetrieb wird am besten in Verbindung mit der Messegesellschaft gesehen, dass die vielleicht ihre Messtickets verquicken mit einem Obolus an Parkplatzgeldern oder ähnlichem. Diesen Vorschlag hat die Verwaltung dieser Tage ausgearbeitet und ein entsprechender Vorschlag geht dem Herrn ... jetzt zu."

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, die uns jetzt vorliegende Vorlage hat ja schon eigentlich eine lange Geschichte. Und eine der Grundlagen ist ein Gutachten, das 1993 erstellt worden ist. Damals ging es darum, Sachsen-Anhalt als Messestandort zu begutachten. Da wurde der Stadt Halle bescheinigt, dass sie eine gute Wachstumsperspektive hätte. Wie wir alle wissen, ist das nicht eingetreten. Trotz dem, dass es nicht eingetreten ist, soll nun ein Messestandort in Bruckdorf etabliert werden. Wir haben im Juni 2001 beschlossen, dass die Stadt bei der Umsetzung dieser Geschichte Grund und Boden erwirbt, Parkplätze plant und baut. Kosten 3 Mio €, damals noch 6 Mio DM. Die Stellungnahme der Verwaltung damals hat überall ziemliche Skepsis durchblicken lassen. Der Kämmerer hatte damals als Bedingung z.B. reingeschrieben, dass 80 % Förderung, das ist die Maximalförderung für die Gemeinschaftsaufgabe, dabei rausspringen müssten. Und auch damals waren wir schon in einer äußerst prekären Haushaltslage. Auch damals wurde schon klargestellt, dass die Zeitschiene, so, wie vom Investor gefordert, mit Eröffnung Oktober 2002 nicht klappen kann. Im September 2001 haben wir dann den Entwurf des Bebauungsplanes beschlossen. Da war klar festgeschrieben, dass es ein Bergbaugelände ist, dass es diesen Aschespülteich gibt und auch dass die Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen zu erfolgen haben durch den Abriss der Messehallen auf der Peißnitz. Dann hat es wieder eine Weile gedauert, und im März 2002 hat der Investor dann moniert, dass die geplanten Abrissmaßnahmen auf der Peißnitz – also Ausgleich und Ersatz – zu teuer sind. Er hat eine andere Zeitschiene gefordert und hat mitgeteilt, dass bereits Verträge abgeschlossen worden sind für Messen, hat im gleichen Schreiben aber geschrieben, dass noch kein Bauantrag für das Ganze eingereicht worden ist. Nun hat sich inzwischen aber herausgestellt, dass eine Förderung überhaupt nicht passieren kann für ein Messegelände, sondern höchstens für ein Gewerbegebiet, auf dem es auch eine Messe gibt. Und da sind wir nämlich bei der Vorlage von heute. Statt Land für Parkplätze zu kaufen und Parkplätze zu bauen für 3 Mio €, muss die Stadt nun also ein Gewerbegebiet erschließen und der erste Bauabschnitt soll die Messe sein. Aus diesem Grunde gibt es Mehrkosten, die wir heute in dieser Haushaltslage beschließen sollen von 215 T€. Als Begründung wird aufgeführt einmal die zusätzlichen Erschließungsmaßnahmen, dann kommt der Aschespülteich, der lange bekannt war, wieder ins Gespräch und auch der Bergbau, der also zusätzliche Bodenverdichtungen nötig macht. Da muss man ein Fazit ziehen: Wir sollen heute also beschließen ein Gewerbegebiet zu erschließen, damit eine Messe gefördert werden kann. Wir legen uns dann fest, noch eine weitere Million Euro bis 2008 zu finanzieren und können überhaupt nicht sagen, ob ein Investor kommen möchte, der auch auf diesem Gewerbegebiet siedeln kann. Ich denke, es wäre umgedreht an und für sich besser, dass man ein Gewerbegebiet erst erschließt, wenn dann auch jemand das haben möchte. Und ich möchte gern wissen, wie vor dem Hintergrund unserer Haushaltssituation und beispielsweise vor dem Hintergrund des Sanierungsstandes unserer Schulen wir vor den Bürgerinnen und Bürgern vertreten wollen, dass diese Parkplätze und diese Messe wichtiger sind als alles andere, und das in dieser Haushaltssituation. Wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen. – Und zwar beantrage ich im Namen der Fraktion, nach dem Abschluss der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt eine zehnmünütige Auszeit, falls es noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Fraktionen gibt."

Herr **Bönisch**: "Na ja, ist registriert. Frau Wolff, bitte."

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion: "Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte die Frage im Finanzausschuss gestellt, was denn nun mit den drei Hallen ist. Da wurde mir geantwortet, dass die drei Hallen nie Vertragsbestandteile sind. Ich hatte angekündigt, dass wir die alten Verträge durchgucken, und wir hatten als Fraktion ja doch Recht, dass diese drei Hallen auf der Peißnitz Gegenstand waren für den Investor, diesen Abriss zu bezahlen. Ich möchte jetzt wissen: Werden diese Kosten zusätzlich auf die Stadt umgelegt? Und – wir haben noch zusätzliche Kosten, und zwar Information zur

Messeeröffnung 03.10.2002 – ich denke, der Termin kann ja nicht eingehalten werden, wo es dann noch mal um 95 T€ geht. Und - wir wollen den Haushalt konsolidieren; wir hatten vorhin eine Riesendiskussion um das Thalia Theater, wir haben heute einen Superartikel in der "MZ", wo Haushaltskonsolidierung offensichtlich wirklich nur den Älteren und den Familien dieser Stadt überlassen wird und strukturell hier in der Stadt nichts gemacht wird und auch keine Prioritätenliste mal festgelegt wird, wo Investitionen sich tatsächlich auch noch einmal lohnen würden."

Herr **Bönisch**: "Herr Lehmann, bitte. – Ja, es gab also eine klare Anfrage, die möchte beantwortet werden - auf die Hallen, der Abriss der Hallen durch die Stadt zu realisieren ist oder andere."

Herr **Heinz**: "Zum Abriss. Wie ich schon im Finanzausschuss sagte, die sind Teil von den Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen, die im Bebauungsplan festgesetzt sind und für Baugenehmigungen müssen auf absehbare Zeiten diese Hallen tatsächlich abgerissen werden. Es gibt eine Übereinkunft mit dem Investor, wonach die Kosten dieses Abrisses zum Teil von ihm, zum Teil von der Stadt getragen werden. Der Anteil, den die Stadt übernimmt, ist Teil dieser Kosten laut Beschlussvorlage von rund 215 T€. Diese 215 T€ sind tatsächlich die Mehrkosten, die die Stadt für dieses Gesamtbauvorhaben, die Gesamtmaßnahme, wie sie auf sie zukommt."

Herr **Bönisch**: "Danke. – Herr Lehmann – Bitte, jetzt ist Herr Lehmann dran."

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion: "Danke, Herr Vorsitzender..."

Herr **Heinz**: "...übernimmt, nageln Sie mich jetzt nicht fest, eine Dimension von 50 T€, gut knapp 100 T€ wird die Stadt übernehmen."

Herr **Bönisch**: "So, jetzt bitte Herr Lehmann. Vielen Dank, Herr Heinz."

Herr **Lehmann**: "Ja, danke schön. Es geht heute bei der Vorlage nicht um die alten Geschichten, will ich sie mal nennen, sondern es geht heute einfach darum, die Erschließungskosten, zu denen sich die Stadt verpflichtet hat in einem Vertrag, mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe fördern zu lassen. Wenn wir diese Vorlage heute ablehnen, dann werden wir das aus eigenem Portmonee bezahlen müssen, weil wir uns vertraglich dazu verpflichtet haben. Da möchte ich daran erinnern.

Ich möchte aber kurz noch eine Bemerkung machen zu dem, was Herr Dr. Köck gesagt hat und Herr Heinz darauf geantwortet hat und möchte auch die Verwaltung bitten, vielleicht über die Fraktionen die Stadträte da auf dem Laufendem zu halten. Es war vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit der Messe ein Zeitungsartikel zu lesen, in dem auch noch einmal diese ganze Terminkette EU-Ausschreibung etc. etc. aufgebaut wurde mit dem Ziel der Fertigstellung der Parkplätze dann irgendwann in 2003. Ich möchte gern, dass die Stadt alles tut, um die Sache voranzubringen mit den hier vorgeschlagenen und angedachten Modellen, weil die Stadt nicht ganz schuldlos daran ist, dass es überhaupt zu dieser Verzögerung gekommen ist. Dankeschön."

Herr **Bönisch**: "Herr Dr. Köck, bitte."

Herr **Dr. Köck**: "Frau Haerting, ich gebe Ihnen ja Recht in der grundsätzlichen Aussage, was Sie zu Gewerbegebieten gesagt haben. Aber in dem speziellen Fall ist das Grundsätzliche eben grundsätzlich genau das Verkehrte. Wir haben uns vor langer Zeit entschieden, dass wir eine Messe haben wollen als Stadt, und es ist uns sehr schwer gefallen mit der Konkurrenz Leipzig vor der Nase. Und wir haben uns genau so schwer getan, einen ordentlichen Standort zu finden. Und wir haben gesagt, wir wollen das Risiko,

was ansonsten üblicherweise die Städte tragen, indem sie die Messen, die Messegelände praktisch selbst bewirtschaften, das ganze Risiko wollen wir einer privaten Messegesellschaft überlassen. Eine hatten wir ja schon, die hat nach längerer Zeit die Segel gestrichen. Und es war ausdrücklicher Wunsch aller, und da waren gerade Sie auch mit jetzt - nicht Sie als Person, aber Bündnis 90/GRÜNE doch federführend – zu Recht zu sagen: im Überflutungsgebiet der Peißnitz, Naherholungsgebiet, die zwei alten Messehallen, es macht keinen Sinn, die zu ertüchtigen, wir wollen sie abreißen, wir wollen das praktisch für die Naherholung lassen und nicht noch Autos hineinziehen. Wenn ich dann A sage, dann muss ich also auch B sagen und darf jetzt nicht noch am Ende versuchen, die Reißleine zu ziehen. Das würde also für die Stadt Halle sicherlich auch nach außen in dem Fall wirklich kein gutes Zeugnis ausstellen. Ich würde dann – es wäre vielleicht günstig, wenn Sie sich wenigstens enthalten würden. Das wäre ein besseres Bild nach außen.

Herr Lehmann, ich möchte Ihren Gedanken aufgreifen, vielleicht können wir noch einen fünften Punkt hier hinein formulieren in die Beschlussvorlage, so eine Öffnungsklausel, dass zu einer Möglichkeit der Nachverhandlung eines alternativen Modells für den Parkplatz – dass die Verwaltung da grünes Licht hat. – Ich habe es jetzt keinen passenden Vorschlag, aber wenn – es wäre ja erst einmal die Frage, ob es generell erwünscht wäre, dann könnte man noch einen formulieren.”

Herr **Bönisch**: ”Herr Dr. Köck, ist das wirklich notwendig, so etwas. Also – da die Stadt ja schon in solchen Verhandlungen steckt. Wir können das Ergebnis eh nicht verbessern...”

Herr **Dr. Köck**: ”Ja, ich meine, wenn wir alle der Meinung sind, dass der Stadt dann nicht durch den Beschluss die Hände gebunden werden, dann kann ich damit leben. Bloß nicht, dass einer nachher kommt und sagt, na der Rat hat ja ganz anders beschlossen.”

Herr **Bönisch**: ”Herr Doege, dazu, bitte.”

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit: ”Vielleicht ganz kurz als Hinweis. Also, die Verhandlungen werden ja mit der Messegesellschaft sehr intensiv geführt. Wir haben diesen berühmten neudeutschen Jour fixe wöchentlich gemeinsam im Geschäftsbereich II mit der Messegesellschaft und versuchen das immer, ja – auch tatsächlich alles so zeitnah zu gestalten. Natürlich kann man nicht auf jeden Wunsch nun aufspringen. Herr Heinz hat schon gesagt, es ist ein Vergaberechtsproblem, zu dem sich jetzt das Regierungspräsidium letztendlich äußern muss. Es könnte unter Umständen auch ein haushaltsrechtliches Problem sein, da diese Vorleistung ja eigentlich auch wie ein kreditähnliches Geschäft betrachtet werden könnte. Das sind alle Dinge, die – müssen wir fairerweise sagen, die also noch einmal mit der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidium abgestimmt werden müssen, damit wir hier nicht in irgendeine rechtliche Falle laufen. Und dazu laufen die Arbeiten auch. Mir persönlich wäre es auch sehr lieb, wenn das natürlich gleich mit erledigt werden könne, aber was einem lieb ist und was möglich ist, das sind manchmal bedauerlicherweise zwei unterschiedliche Seiten. Ich bitte Sie also – ich meine, nun sag ich es mal so, wie wir es immer schon öfter gesagt haben, ein solcher Vorschlag, dass die Stadt beauftragt wird, in Alternativmodelle in Verhandlungen zu treten, er wäre, wie wir immer so schön sagen, unschädlich. Wir sind dran, insoweit – bloß, was dabei herauskommt, das kann eben im Moment nicht gesagt werden.”

Herr **Bönisch**: ”Herr Prof. Schuh, bitte.”

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion: "Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zunächst Herrn Köck, aber auch anderen Vorrednern, die auf das Grundsatzproblem eingegangen sind, dankbar. Es ging ja mal um die Frage, braucht Halle eine Messe oder nicht. Und insofern diese Frage wohl positiv entschieden worden ist, sollte man möglicherweise nicht über Hintertüren diese Grundsatzfrage wieder aufreißen oder, wenn man das möchte, einfach sagen, wir waren seinerzeit gegen die Messe, sind heute gegen die Messe, da müssen wir auch gegen diesen Beschluss sein. Aber – da sollte man das so sagen und nicht sagen, hier wird ein Gewerbegebiet erschlossen. Das sind Mechanismen, die laufen, weil die Zeiten sich verschlechtern - die Fördermittelmittel verschlechtern sich und wenn wir noch weiter warten, wird es noch schlechter werden. Also, insofern denke ich, haben wir bitte nicht mehr den Grundsatzbeschluss zu diskutieren. Und wer hier diskutieren möchte oder sagen möchte, ich war von Anfang an dagegen, der soll dabei bleiben, aber soll das dann auch so sagen.

Das andere ist also, ichdoch die Frau Wolff ist noch da – ich möchte doch noch mal die Haushaltssystematik hier immer wieder einfordern. Also, im Grunde genommen geht es hier ja im Grunde genommen um den Investitionshaushalt, um den Vermögenshaushalt. Wir belasten den Verwaltungshaushalt höchstens durch Zinszahlung oder Tilgung oder ähnliches. Aber die Investition findet in diesem Haushalt statt, und das können wir durcheinander bringen dadurch, dass wir sagen, also im Grunde genommen, wir müssen hier Kindergartengebühren oder so. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Und dann wollte ich noch einmal sagen, wenn wir schon denken oder wenn die Mehrheit des Stadtrats denkt, dass wir hier wirtschaftsfördernde Maßnahmen durchführen, dass das etwas für die Wirtschaftsförderung ist, dies zu tun, dann sollten wir bedenken, dass wir verdammt wenig in diesem Bereich machen – und dann sollten wir es auch tun."

Herr **Bönisch**: "Frau Dr. Haerting, bitte."

Frau **Dr. Haerting**: "Ich muss das noch einmal klar sagen, dass wir nichts gegen die Messe hätten, Herr Prof. Schuh, da brauche ich keine Hintertür, um so etwas sagen, wenn ich es denn sagen wollte. Wir haben nichts gegen die Messe. Wir haben allerdings etwas dafür, dass die Stadt derartig einseitig für so viel Geld in Vorleistungen geht und können das nicht rechtfertigen vor dem Hintergrund von Vorhaben, die immer und immer wieder auf die lange Bank geschoben werden. Unsere Dauerbrenner hier im Stadtrat sind nun einmal die Schulen, das ist einfach so.

Zu dem Einwand, dass ja die Grünen auch gerne die Hallen auf der Peißnitz weghätten. Natürlich hätten wir die Hallen gerne weg; wir können gerne das Geld nehmen, was für die Parkplätze veranschlagt wird und die Hallen selber abreißen. Das hat nämlich damit nichts zu tun, dass wir da so viel Geld diesem Investor geben für Parkplätze und dann noch Land kaufen und dass man das jetzt damit verknüpft ,Ihr wollte ja die Peißnitzhallen weghaben und deshalb müsst ihr zu dieser Messe bzw. diesen Parkplätzen Ja sagen.'

Ich hätte gern gewusst, wenn diese Abstimmung im Stadtrat dagegen ausgehen würde und der – wie ich immer höre - angeblich schon bestehende städtebauliche Vertrag von Seiten der Stadt verletzt würde – wie hoch ist denn da die Vertragsstrafe, die zu erwarten wäre. Und dann möchte ich auch wissen, was mit dem Gelände ist, wenn die Messe trotz aller Leistungen, die die Stadt erbringt, Konkurs geht."

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: "Also ich möchte jetzt mal gern was zu dieser Diskussion sagen. Erstens haben wir uns zu dem Thema Vertragsstrafe natürlich überhaupt auseinandergesetzt, liebe Frau Dr. Haerting. Drei Ausschüsse haben sich mit dieser Vorlage befasst, und durch drei Ausschüsse ist diese Vorlage positiv befürwortet worden. Und heute führen wir hier eine Diskussion im Stadtrat, um dieses Vorhaben Messe das letzte Stück voranzubringen, damit es realisiert werden kann. Also, wenn Sie das Thema Vertragsstrafe interessiert, werden wir das selbstverständlich ermitteln, aber ich hoffe nicht, dass es notwendig wird, dass wir diese Frage stellen.

Und ich möchte einmal etwas zu der Art der Diskussion hier sagen, die hier heute geführt wird. Ich habe nicht gesagt, dass wir uns in Wahlkampfzeiten befinden, wo der Stadtrat so aktiv werden muss. Aber dass Sie jedes Vorhaben gegenüber Kindergärten ausspielen, das halte ich langsam für eine Frechheit. – Jetzt bin ich dran. – Und ich möchte auch dazu sagen, und Sie wissen es ganz genau, dass wir diese Kindergärten gerne sanieren wollten und dass sie drin waren mit höchster Priorität. Und dass wir sie nicht sanieren können, weil das Regierungspräsidium uns Neuanfänge untersagt hat. Wenn Sie das bis jetzt noch nicht registriert haben, dann nehmen Sie es doch bitte mal jetzt auf und hören Sie mit dieser polemischen Art und Weise auf. Es ist schon schwierig, die Pressekommentare zu ertragen. Dass der ganze Stadtrat, der die Einzelheiten sehr viel besser kennt des Konsolidierungsprogramms, ganz genau weiß, dass es eines gibt, was aber untersetzt werden muss und das geht natürlich nicht in drei Monaten, dass dazu keine Beschlüsse vorliegen können zu diesem Zeitpunkt, das ist Ihnen doch ganz genau klar. Aber dass Sie hier in dieses Rohr einstimmen, was in der Öffentlichkeit einfach produziert wird, um uns hier als unfähig hinzustellen, dass wir in der Lage sind, die Konsolidierung voranzubringen, darüber muss ich mich schon sehr wundern. Ich habe schon gedacht, dass Sie sich auch ein kleines Stückchen als Verwaltung betrachten und sich Mühe geben wollten, den Konsolidierungsprozess mit voran zu bringen und zu tragen und nicht in dieser polemischen Weise hier zu besprechen.”

Herr **Bönisch**: ” Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn El-Khalil. – Sie, Frau Dr. Haerting, Sie haben zweimal zum Sachthema gesprochen, das wäre jetzt nicht...”

Herr **El-Khalil**: ”Wir reden ja viel von Investoren, und damit wir hier nicht weitere Aussagen treffen, die Investoren noch weiter abschrecken, beantrage ich jetzt Schluss der Debatte. Wir sollen abstimmen.”

Herr **Bönisch**: ”Ein Geschäftsordnungsantrag - Schluss der Debatte. Wird hierzu das Wort gewünscht, zu diesem Geschäftsordnungsantrag? – Das ist nicht der Fall. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich ums Handzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Vielen Dank. Damit ist, wie vorhin avisiert – ja, ja, Sie haben also beantragt eine Auszeit nach Abschluss der Debatte. Da dies jetzt festgestellt ist, haben wir jetzt die Auszeit. Sie hatten um 10 Minuten gebeten. Ich würde vorschlagen, in Anbetracht der Tatsache, dass wir jetzt hier 16 Uhr haben und dann nach vielleicht 10 Minuten Auszeit nur für zehn Minuten verhandeln und dann eh in die normale Pause eintreten, dass wir jetzt schon in die Pause eintreten bis circa 16.30 Uhr und dann mit der Beschlussfassung in diesem Punkt weitermachen. Vielen Dank.”

*Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.*

Herr **Bönisch**: ”So, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erkläre jetzt die Pause für beendet. Ich bitte die Stadträte hereinzukommen. – Wir sind im Tagesordnungspunkt 13, und wir kommen hier nach der offiziellen Beendigung der Debatte zur Beschlussfassung, zur **Abstimmung**. Wer der Vorlage – ich bitte um Konzentration – wer der Vorlage so zustimmen kann, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke, das ist eine **klare Mehrheit**. – Frau Wolff, ich denke, dass diese Verfahrensfrage inzwischen gelöst ist und wir jetzt nicht in Geschäftsordnungsdiskussionen kommen müssen wegen der Beantwortung einer Frage nach Abschluss einer Debatte. Das ist eine schwierige Frage. Ich hoffe, dass es inhaltlich anders gelöst worden... also Ihre Fragen ausreichend beantwortet sind. – Wir sind mit der Abstimmung durch. Wir können dann gegebenenfalls, wenn es noch Zweifel gibt, hinterher noch mal darüber sprechen.”

Beschluss Nr. III/2002/02386 - Gewerbegebieterschließung "Neue Messe Halle Bruckdorf"

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die planerischen Voraussetzungen für den Baubeginn des 1. Bauabschnittes der Gewerbegebieterschließung Neue Messe Halle-Bruckdorf im Juni 2003 zu schaffen.**
 - 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den erforderlichen Mehrbedarf an Eigenmitteln von 215.125,00 EUR für den 1. Bauabschnitt im Haushalt 2003/2004 einzustellen. Die Deckung ist im Rahmen des Budgets des Geschäftsbereiches der Oberbürgermeisterin, Wirtschaftsförderung bereitzustellen.**
 - 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis Ende 2002 die Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss des B-Planes 71 zur Beschlussfassung vorzulegen.**
 - 4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur Inbetriebnahme ein Konzept zur Parkplatzbewirtschaftung zu erarbeiten, auf dessen Grundlage Einnahmen zur Deckung der entstehenden Folgekosten realisiert werden können.**
-

Zu TOP 03 - Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig 2012

Vorlagen-Nr. III/2002/02566

Als Gäste der Tagung nahmen teil: Herr **Thärichen**, Geschäftsführer der Olympia GmbH "Leipzig, Freistaat Sachsen und Partnerstädte" sowie Frau Würzig, Mitarbeiterin. Den Gästen wurde Rederecht zugesprochen.

Herr **Thärichen** informierte zum Anliegen und zu den Aufgaben dieser Gesellschaft.

Herr **Bressel**, UB-Fraktion, fragte, was die Stadt Halle so optimistisch mache, dass die Stadt Leipzig den Zuschlag erringen könne. Er habe heute im Hessischen Rundfunk große Werbestrecken von der Stadt Frankfurt gehört.

Herr **Thärichen** antwortete, man müsse unterscheiden zwischen Werbestrecken, Imagekampagnen und der Entscheidung am 12.04.2003. Die Entscheidungsträger seien die Vertreter der nationalen Sportfachverbände. Es werde keine öffentliche Umfrage geben, welche deutsche Stadt am Ende ausgewählt wird. Für die Olympiagesellschaft Leipzig komme es in erster Linie darauf an, diese Sportfachverbände, die Vertreter des NOKs in der verbleibenden Zeit bis zum 12.04.2003 von ihren Ideen zu überzeugen. U.a. ein Grund für einen Zuschlag sei: die Region sei entwicklungsfähig, man habe Möglichkeiten, man habe Raum, und man habe die Sportfachverbände in dieser Weise hinter sich, dass z. B. im Vergleich mit Düsseldorf, wo 80 % der Sportstätten schon existieren, Leipzig nur über 20 % der Sportstätten verfüge und 80 % noch bauen müsse, d.h. für die Sportfachverbände sei eine Entscheidung pro Osten, pro Leipzig auch eine Entscheidung zur Entwicklung ihres eigenen Sports.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, erklärte, der Sportausschuss habe sich mit großer Mehrheit für diese Vorlage ausgesprochen. Das Thema Olympiabewerbung sei etwas mehr als eine gewöhnliche Vorlage, das sei Vision für die Zukunft der Stadt und der Region. Man sehe hier - auch seine Fraktion - mehr Chancen als Risiken. Spätestens heute würden die Mitglieder der Fraktionen von CDU und von SPD Mitglieder des Vereins "H-alle für Olympia" sein. Man bitte alle anderen auch, die Bedenken zurückzustellen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte, bis zur Stunde Null, die man in den letzten Tagen erlebt habe, hätte er bedenkenlos zugestimmt, nun habe er zumindest eine Frage an die Vertreter aus Sachsen: Da die sächsische Landesregierung ihren kompletten Haushalt in diesem Jahr umschichten wolle, um entsprechende Mittel für die Hilfe für die Hochwassergeschädigten und Opfer bereitzustellen – gebe es da Informationen, dass die Anteile, die das Land in der ersten Phase bis 2003 einbringen wolle, gesichert seien?

Herr **Thärichen** erwiderte, für diese Frage sei er nicht der richtige Ansprechpartner. Die Situation sei jedoch so, dass mit Beginn der Katastrophe in den sächsischen Städten Dresden und Riesa mit allen Kampagnen, allen Aktivitäten erst einmal aufgehört worden sei. Genau aus diesen Regionen sei jedoch angefragt worden, warum man nicht weiter mache; die Stimmung sei eindeutig so, dass auch die Betroffenen sagen: jetzt erst recht. Was die Finanzen angehe, so habe man die Aussage des Ministerpräsidenten, dass sich an dem Thema Olympiabewerbung, an der Zur-Verfügung-Stellung dieser Mittel nicht gerüttelt werde.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, fragte nach den Gründen, wie Leipzig dazu gekommen sei, weitere Städte wie z. B. Halle mit einzubeziehen.

Herr **Thärichen** erläuterte, um die Austragung Olympischer Spiele bewerbe sich immer eine Stadt. Was das Thema Einbindung von Halle betreffe, so müsse man die Entwicklung auf der politischen Schiene mit betrachten. Die Machbarkeitsstudie habe auch immer Halle mit vorgesehen.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, erinnerte an eine Diskussion im Stadtrat zum Thema Machbarkeitsstudie im Jahre 2001. Man habe damals ein klares Votum abgegeben und sollte auch heute ein deutliches Ja zu diesem Anliegen aussprechen.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, führte aus, man erlebe in diesen Tage, dass Menschen, um der Flutkatastrophe wirksam begegnen zu können, zusammenrückten. Olympische Spiele seien ein Großereignis, das ebenfalls Menschen zusammenrücken lasse, gerade dann, wenn es schwierig werde. Die Stadt Halle befinde sich in einer außerordentlich schwierigen Haushaltssituation, dennoch stünden die Signale, auch aus der Wirtschaft, eindeutig darauf, dass hier etwas bewegt werde.

Der Bürgerverein "H-alle für Olympia" arbeite seit Juli unermüdlich. Es gehe um eine breite Unterstützung des Vereins durch die Bevölkerung. Er werbe deshalb um jede einzelne Stimme für diese einmalige Chance, die nie wiederkomme im Leben einer Stadt.

Ja – es gebe Risiken, das NOK könne sich auch anders entscheiden.

Ja – Schulen, Sportanlagen, auch andere Einrichtungen seien nicht in dem Zustand, in dem man sie sich wünsche. Das alles sei bewusst, aber gerade deshalb sollte man sich auch auf die Chancen besinnen. Jetzt bedürfe es vor allem einer gemeinsamen Anstrengung, um dieser Region, der Region Mitteldeutschland, unserer Region und unserer Stadt zu einer Chance zu verhelfen, die nie wiederkehre.

Er bitte jedes Mitglied des Stadtrates der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, sprach sich für eine Beteiligung Halles aus.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02566 – Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt
Leipzig 2012**

- 1. Die Stadt Halle (Saale) unterstützt die Bewerbung der Stadt Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 mit einem finanziellen Betrag in Höhe von 210.000,00 €, davon im Jahr 2002 110.000,00 € und im Jahr 2003 100.000,00 €. Die Deckung der Mehrausgabe im Jahr 2002 erfolgt durch Minderaufwendungen bei Zinsausgaben.**
 - 2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die rechtlich erforderlichen Schritte zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der "Leipzig, Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH" (sog. "Olympia GmbH") vorzunehmen und eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Leipzig unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Stadt Halle (Saale) abzuschließen.**
 - 3. Die Stadt Halle (Saale) unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbemaßnahmen in Halle (Saale) für den o.g. Zweck im Jahr 2002 mit dem Betrag von 13.500,00 €. Die Deckung für diese Mittel erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.2200.640400.0.**
-

**Zu TOP 14 - Benennung von drei Wegen in Heide-Süd und eines
Straßenabschnittes der Äußeren Leipziger Straße**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02531

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02531 - Benennung von drei Wegen in Heide-Süd und eines
Straßenabschnittes der Äußeren Leipziger Straße**

**Der Benennung der drei Wege, der Trennung der Äußeren Leipziger Straße und den
Namensvorschlägen gemäß Anlage wird zugestimmt.**

Zu TOP 15 - Projekte Investorengewinnung und Stadtmarketing der Roland Berger Strategy Consultants/Ergebnisse und Schlussfolgerungen für Umsetzungsaktivitäten

Vorlagen-Nr.: III/2002/02315

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, äußerte Bedenken. Habe er in der Begründung richtig gelesen, dass letztendlich von der Eingangsanalyse über das Konzept bis zur langfristigen Durchführung alles in einer Hand liegen solle?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Vorbereitung für die Bildung der GmbH mache die Stadt. Für die GmbH werde man dann weitere Gesellschafter suchen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02315 - Projekte Investorengewinnung und Stadtmarketing der Roland Berger Strategy Consultants/Ergebnisse und Schlussfolgerungen für Umsetzungsaktivitäten

- 1. Die Ausschüsse des Stadtrats nehmen die Inhalte der Abschluss- und Ergebnisberichte der Roland Berger Strategy Consultants für beide Projekte bestätigend zur Kenntnis.**
 - 2. Der Stadtrat beschließt, den Vorschlägen zur Investorengewinnung entsprechend dem beiliegenden Konzept zu folgen.**
 - 3. Der Stadtrat befürwortet die Gründung einer Stadtmarketing GmbH Halle und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung.**
-

Zu TOP 16 - Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt ausgewählte Maßnahmen der Sozialhilfe durch den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt

Vorlagen-Nr.: III/2002/02326

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, erklärte für ihre Fraktion, es sei erstaunlich, wenn der Landesrechnungshof in seinem Bericht von "erheblichen Mängeln" spreche, wie die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme feststellen könne, dass dies nicht eine allgemeine Arbeitsweise sei. Für ihre Fraktion werde durch den Bericht deutlich, dass sowohl in der Qualifikation der Mitarbeiter größere Defizite da seien und sowohl die Leitungs- als auch die Kontrollfunktion in dem Bereich relativ mangelhaft wahrgenommen worden sei. Sie fragte weiter zu Punkt 3 der Stellungnahme: Wenn festgestellt werde, dass die getrennten Ist-Zahlen für laufende und einmalige Leistungen bereits in der Vergangenheit durch Auswertung im ...DV-Verfahren dargestellt wurden, sei zu fragen, sei das so gemacht worden, denn dann hätte das eigentlich auch der Landesrechnungshof feststellen können. Sei diese Verfahrensweise dem Stadtrat auch bekannt gewesen? Wenn unter Punkt 13 festgestellt werde, dass für fehlerhafte Entscheidungen Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit nicht die Ursache gewesen seien, dann frage man, welche Ursachen es gegeben habe. Weiterhin gehe die Stellungnahme der Verwaltung nicht darauf ein, inwieweit eine einheitliche Bearbeitung z. B. bei Darlehensakten, wie sie der Landesrechnungshof fordert, durchgeführt wird. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass es ein laxer Umgang mit den Feststellungen des Landesrechnungshofes sei und, wenn es tatsächlich nur so durchgeführt werde, nicht dazu beitrage, eine Verwaltung effizienter zu gestalten.

Herr **Schneller**, Leiter des Fachbereiches Soziales, antwortete in Vertretung von Frau Bürgermeisterin Szabados. Die Mängel, die in diesem Bericht beanstandet worden seien, seien abgestellt worden. Das schließe nicht aus, dass nicht auch in Zukunft Fehler gemacht würden. Alle Feststellungen, die in diesem Bericht getroffen worden seien, bezögen sich auf einen Zeitraum vor der Umstrukturierung des Bereiches.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, verwies auf die Diskussion in den Fachausschüssen. Die von Frau Weiß gestellten Fragen seien so oder so ähnlich auch dort gestellt und auch beantwortet worden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02326 - Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt ausgewählte Maßnahmen der Sozialhilfe durch den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt

Die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11.01.2002 über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Ausgewählte Maßnahmen der Sozialhilfe" wird gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 5 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt bestätigt.

Zu TOP 17 - Satzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) Gebührensatzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2002/02148

(Auf Antrag der HAL-Fraktion erscheint ein Wortprotokoll.)

Herr **Bönisch**: "Es liegt eine Änderung vor, die ist allen zugestellt worden. - Frau Wolff, bitte."

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion: "Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, zu Anfang möchte ich sagen, dass ich mich nicht im Wahlkampf befinde, sondern einfach meine Verantwortung – wie meine Fraktionskollegin Frau Haerting – wahrnehme. Und das mag denn ja an einer unterschiedlichen Auffassung liegen. – Jetzt möchte ich etwas zu der Gebührensatzung sagen. Zum zweiten Mal liegt diese Gebührensatzung hier vor, und die HAL-Fraktion wird diese Erhöhung ablehnen aus folgenden Gründen: Die Interessenlage der Eltern hatte keinerlei Einfluss auf diese Vorlage, vielmehr wurden den Eltern zustehende Anhörungsrechte nach KiBeG in einer sehr eigenartigen Weise interpretiert. So wurde ein Mitglied des Stadtelternvorstandes informiert, während die anderen sich im Urlaub befanden. Den Mitgliedern des Elternkuratoriums wurde die Gebührenerhöhung erst am vergangenen Freitag mitgeteilt, wobei die entscheidenden Ausschusssitzungen von Jugendhilfe – und Finanzausschuss bereits alles diskutiert und entschieden hatten. Vertreter des Kuratoriums hatten somit keine Zeit, sich mit den Eltern über die neue Satzung zu unterhalten. In vielen Fällen sind die Eltern noch nicht einmal über die anstehende Gebührenerhöhung informiert worden. Ein zweiter Grund: Während im Juni 2002 noch von einer Einsparung in Höhe von 267 T€ für fünf Monate in diesem Jahr und 65 T€ für das Jahr 2003 ausgegangen wurde, sind dies nun im August auf einmal 283 T€ für drei Monate in diesem Jahr und für 2003 1,1 Mio €. Damit wird also nun zum ersten Mal Haushaltskonsolidierung in dieser Stadt betrieben, und ausgerechnet bei den Eltern dieser Stadt wird damit begonnen. Solange die Stadtverwaltung keine Einsparvorschläge macht und stattdessen z.B. Reformmanager für viel Geld einstellt, können ich und die Mitglieder der HAL-Fraktion dem Klassiker der Einsparung, der Gebührenerhöhung, nicht zustimmen.

Dritter Grund: Die geplante Gebührenerhöhung wird in diesem Stadtrat von den Parteien befürwortet, die sich bundespolitisch gern damit schmücken, sich besonders für Familien und Kindern einsetzen zu wollen. Im vergangenen Jahr haben diese Parteien den Halle-Pass B abgeschafft und beschlossen, dass die Kosten für eine personale Absicherung der Mittagsversorgung in den Kitas auf die Eltern umgelegt werden können. Mir ist nicht bekannt, dass die Stadt Halle ernsthaft gegen den Rückgang von Landeszuschüssen nach dem KiBeG sich zur Wehr gesetzt hat. Auch kann es doch nicht sein, dass bundespolitisch die Möglichkeit eingeräumt wird, dass ein Erziehungsgeldberechtigter während der Elternzeit einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht und dann bei der Gebührenermittlung sowohl der Lohn als auch das volle einkommensabhängende Erziehungsgeld zu Grunde gelegt wird.

Vierter Grund: Die eigentliche Diskussion über pädagogische Inhalte, über Betreuungskapazitäten, über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der nicht am Ende der Stadt liegt, werden nicht geführt. Noch im Juni wird argumentiert, dass es rechtlich nur noch zulässig sei, die Gebühren nach dem unterschiedlichen Betreuungsaufwand festzulegen. Nun wird plötzlich festgestellt, dass es eine Trennung von Krippe und Kindergarten in den städtischen Kindergärten gar nicht gebe und man deshalb

nicht ausschließlich nach dem Betreuungsaufwand festlegen könne. Die Begründungen für eine Gebührenerhöhung in den einzelnen Altersstufen scheinen beliebig austauschbar zu sein, wenn nur die Stadt ihre Einsparziele erreicht und – wie in diesem Fall – sogar übertrifft.”

Herr **Bönisch**: ”Herr Dr. Meerheim, bitte.”

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion: ”Ja, zu allererst habe ich eine Frage an die Verwaltung, denn wir haben heute eine Änderungsvorlage bekommen und da steht obendrauf Austauschblatt Jugendhilfeausschuss, d.h. da sind die Änderungen – sollen die Änderungen enthalten sein. Dem ist aber nicht so, weil – am Montag erhielten wir ein anderes Blatt, das war nur drei Seiten lang, und dort war in der Anlage eine völlig andere Tabelle, und die entspricht sehr wohl dem, was der Jugendhilfeausschuss beschlossen hat. Das, was wir heute in die Hand bekommen haben, enthält nämlich die alte städtische Vorlage in der Tabelle, und da bin ich nicht bereit, darüber zu reden. Wenn jetzt von der Stadtverwaltung gesagt wird, das ist ein Versehen, dann akzeptiere ich das. Ich wollte aber zumindest darauf hinweisen, wenn es ein Versehen war. Wenn es ein Trick war, dann habe ich ihn leider durchschaut. Ich würde sonst dieser Vorlage nämlich nicht zustimmen können, wenn die Tabelle nicht geändert wird, nämlich so, wie sie der Jugendhilfeausschuss beschlossen hat. Aber das nur so voran. -

Die Ausführungen, die eben Frau Wolff vorgestellt hat für ihre Fraktion, waren ja auch in der Öffentlichkeit durch sie bisher nicht neu. Ich denke, darin spiegelt sich auch ein Stückchen wider die Gesamtverantwortung für diese Stadt, und dazu gehören halt nicht nur Kindergärten. Und wir haben uns, denke ich, alle, als es darum ging, über den Haushalt zu meckern im April, zur Haushaltskonsolidierung bekannt. Und dass, so schmerzhaft das auch ist, jedem bewusst sein musste, dass damit verbunden war, auch in Sozialbereichen entweder Kostensteigerungen vorzunehmen oder Gebührenerhöhungen. Der Vorschlag, da können Sie ganz sicherlich davon ausgehen, dass uns das mit am schwersten gefallen ist, solche Überlegungen auch nur anzustellen, aber wir sind einfach nicht gewillt, an den Realitäten, die die Kommunen in diesem Land – und damit meine ich nicht nur Sachsen-Anhalt – vorfinden, an denen vorbei zu blicken. Und wenn ich die nicht zur Kenntnis nehme, dann brauche ich eigentlich mich in Politik nicht mehr einzubringen, denn dann habe ich auch keine alternativen Vorstellungen mehr auf kommunaler Ebene einzubringen. Wir haben also versucht, nach der ersten Runde der Diskussion der städtischen Vorlage – es ist ja bekannterweise im Juni eingebracht worden und damals abgelehnt aufgrund der Tatsache, dass die damals vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen nach unserer Auffassung mehr als unsozial waren – da waren also Steigerungen bis zu 100% und mehr enthalten gegenüber den jetzt gültigen Gebühren. Die Verwaltung hat eingesehen, auch nach den Gesprächen in den Ausschüssen, dass diese Vorlage keine Mehrheit bekommen würde und ist uns ein Stückchen weit entgegengekommen mit der Vorlage, die wir im August erhielten. Unserer Fraktion war das immer noch nicht ausreichend, und wir hatten halt einen entsprechenden Antrag im Jugendhilfeausschuss eingebracht und der ist in diesem Änderungsblatt vom Montag, welches uns zugestellt wurde, enthalten, und zwar, nachdem die Absenkung der Gebühren vor allen Dingen im Krippenbereich erfolgte im Bezug auf den Vorschlag vom Juni, die Hortgebühren aber blieben und zwar in erheblicher Höhe – dort war also bis zu einer Verdreifachung der Gebühren vorgesehen, ist unser jetziger Vorschlag, denke ich, auch unter der Berücksichtigung der Staffelung der Elterneinkommen und im Vergleich zu den Kindergartengebühren, die halt das ungefähr Doppelte betragen von dem, was die Horteltern jetzt bezahlen müssen, ein sehr moderater. Ich denke außerdem, dass – da kann man aus Versehen, ich meine, ich mache das ja nicht oft, aber da kann man ja die Bundesregierung mal loben – seit dem 01.01.2002 es eine Steuergesetzgebung gibt, die es ermöglicht – aber nur diesen Teil lobe ich – Kinderbetreuungskosten abzusetzen, und zwar bis zu einer Höhe von 3 048 €, wenn sie anfallen. Man muss es allerdings auch beantragen, wenn man seine Steuererklärung macht, muss man dieses also auch ausdrücklich nachweisen, tut man es nicht, bekommt

man als Pauschalbetrag nur 1 548 €, d. h. die Eltern, die jetzt davon betroffen sind, möglicherweise 30 € oder 40 € mehr zu bezahlen als gegenüber der jetzt gültigen Gebührentabelle, können dies ausgleichen am Jahresende. Sie könnten es sich theoretisch schon einschreiben lassen am Jahresanfang, wenn sie wissen, wie viel sie an Gebühren zu bezahlen haben. Damit würde die Gebührenerhöhung nicht wirksam werden – da sei Eichel Dank. Man hätte ja böse sein können, und hätte sagen können, man müsste die Gebühren noch mehr erhöhen, damit ein bisschen mehr Geld ins Stadtsäckel kommt und Herr Eichel weniger bekommt, aber man weiß natürlich, dass auch alle Eltern dies nicht tun werden, entweder, weil sie es nicht wissen oder weil sie zu viel Geld da haben oder weil sie es auch nicht können, weil sie zu wenig verdienen.

Ich will damit nur sagen, uns ist es bei der ganzen Diskussion also ungeheuer schwer gefallen, einer Gebührenerhöhung überhaupt zuzustimmen. Ich stimme da Frau Wolff auch gerne zu. Dass wir im Moment bis zum heutigen Tag Einsparungen nur vorgenommen haben, fast ausschließlich – die hier im Rat diskutiert wurden, wo extra Beschlüsse herbeigeführt wurden, nicht im Rahmen des Haushaltes, sondern daneben, die den sozialen Bereich betroffen haben, und damit meine ich Kindergärten, dazu gehört auch Halle-Pass. Wir haben damals gesagt, auch diese Bereiche sollen oder müssen ihren Beitrag dazu leisten. Und nur deswegen haben wir oder sind wir zu der Meinung gekommen, hier moderaten Erhöhungen und damit Einnahmeerhöhungen für die Stadt zuzustimmen. Es ist aber jetzt tatsächlich an der Zeit, dass auch in der Stadtverwaltung selbst – und da schließ ich jetzt mal Stadtverwaltung – sage ich jetzt mal nicht Kita – Beiträge erbracht werden und zwar in Größenordnungen, die zu einer Konsolidierung beitragen. Weiteren Erhöhungen von Gebühren im sozialen Bereich werden wir bis auf Weiteres – und dies weitere kann sich sehr lange hinziehen – nicht zustimmen, dieser Vorlage ja.“

Herr **Bönisch**: "Ja dann würde ich ganz gerne zuerst einmal geklärt haben, wie das mit den Inhalten ist. Was jetzt..."

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: "Also ich denke, dass Frau Szabados das aufklären kann mit der Tabelle, ja. Das war jetzt wohl doch ein Irrtum."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit: "Ja, Guten Tag erst einmal, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, Sie haben ursprünglich eine Vorlage bekommen und da sind die richtigen Tabellen dran. Wir haben Ihnen heute noch einmal etwas auf den Tisch gelegt, weil wir gestern vom Regierungspräsidium noch ein paar Hinweise bekommen, wie im Text der Satzung noch einige Kleinigkeiten redaktionell verändert werden sollten. Das ist heute früh in Eile gemacht worden, und da ist leider Gottes die falsche Tabelle hintendran geraten. Sie müssten – also es gilt die Tabelle, die an der – nicht heute, was heute dran ist, sondern die, die Sie zugeschickt gekriegt haben, diese Tabelle gilt. Und der Satzungstext, da gilt das von heute. Ich bitte das zu entschuldigen, aber das ist der Eile geschuldet gewesen."

Herr **Bönisch**: "Ich bitte da noch mal – also Tabellen sind ja an dem Papier vom Montag, was also ein etwas dünneres Papier – da sind ja die Tabellen klar erkennbar drin..."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: "Die Tabellen..."

Herr **Bönisch**: "...das sind die richtigen Tabellen. Bitte."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: "Also, die Tabellen gehören immer natürlich mit zur Gebührensatzung dazu. Und wir haben Ihnen ganz normal mit Ihren Stadtratsunterlagen eine Satzung zugeschickt mit zwei Tabellen, Ganztagsbetreuung und Teilzeitbetreuung, hinten dran. Diese Tabellen gelten. Der Text, da müssen Sie bitte heute das nehmen, was Ihnen heute ausgeteilt worden ist."

Herr **Bönisch**: "Also, Frau Szabados, jetzt machen Sie die Verwirrung perfekt. Das ist doch nicht richtig. Die mit den Stadtratsunterlagen zugestellten gelten nicht, sondern es sind die richtig, die am Montag als Korrektur mit Änderungsblatt gekommen sind. Und ich würde bitten, mal in Zukunft ein Verfahren zu wählen, das deutlich macht – also ein Änderungsblatt nicht identisch ist mit einem anderen Änderungsblatt. Hier steht ansonsten – der Kopf ist identisch von dem Papier, was wir am Montag bekommen und was wir heute bekommen haben. Und das – man muss dann immer erst einmal reingucken und vielleicht die Änderungen suchen, das kann sein, dass man sie findet, muss aber nicht. Also, ich bitte in Zukunft doch dann so etwas zu machen, dass man sagt: erstes Änderungsblatt oder zweites usw. oder Änderung vom Datum sowieso, damit man wenigstens von außen erkennen kann, dass es sich um eine neuere Änderung handelt. Also, am liebsten wäre mir beides: 1. Änderung vom Soundsovielten und 2. Änderung vom Soundsovielten – das man es erkennen kann, dass es sich um ein anderes Papier handelt. Also, noch mal, um Klarheit zu schaffen, es gibt ein dünnes Papier vom Montag, drei Blätter umfassend, und die dort angeführten Tabellen gelten, und die heute ausgegebene Textfassung ist das, was zur Abstimmung steht. – Eben, bisher geht es aus dem Datum nicht hervor, wie ich schon gesagt habe. Ich bitte das in Zukunft irgendwie so einzurichten. – So, jetzt hatten wir aber noch eine Wortmeldungsliste, das ist Frau Haupt, Frau Hanna Haupt, bitte."

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich werde hoffentlich die Verwirrung nicht noch vergrößern. Also, ich denke schon die richtige Tabelle hängt an dem dreiblättrigen Blatt von dieser Woche dran, das ist die Tabelle, in die die Änderungen der PDS-Fraktion eingearbeitet worden ist aus dem Jugendhilfeausschuss. Und mit dieser Änderung hat der Jugendhilfeausschuss mit – also seltener Einmütigkeit die Vorlage beschlossen, mit neun Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen, in zwei Sitzungen, denke ich, sehr ausführlich behandelt und im Jugendhilfeausschuss – ich muss es ja immer wieder betonen – sind die freien Träger mit vertreten, die also, denke ich, auch sehr verantwortungsbewusst dieser Vorlage zugestimmt haben mit der Veränderung des Antrages von Herrn Dr. Meerheim im Ausschuss, der in der heute anhängenden Tabelle eingearbeitet ist. Dankeschön."

Herr **Bönisch**: "Herr Lehmann, bitte. "

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion: "Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden – die SPD-Fraktion – auch dieser Vorlage zustimmen. Herr Dr. Meerheim hat noch mal die Erwägungen aus den Ausschüssen und die Diskussion geschildert, die haben zu einem, wie wir denken, vertretbaren und verantwortbaren Ergebnis geführt. Deswegen werden wir dem zustimmen."

Herr **Bönisch**: "Frau Dr. Bergner, bitte. "

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin ist gar nicht da, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion lehnt diese Vorlage ab. Einerseits natürlich kann ich diese Ausführungen von Frau Wolff nur unterstreichen zur Elternbeteiligung, die ist kritisch zu sehen. Ganz besonders muss ich mal fragen, ob der Hortelternrat eigentlich irgendwo beteiligt worden ist. Ich weiß das nur von den Kindertagesstätten, dem Elternbeirat, Stadtelternbeirat."

Wir hatten noch kurz überlegt oder bzw. hatten das vor, einen Änderungsantrag zu stellen, hatten allerdings da noch auf diese Antwort auf unsere Anfrage gewartet, die im Hauptausschuss noch nicht vorlag. Und nun ist inzwischen Herr Godenrath im Katastropheneinsatz und da haben wir uns jetzt verständigt, dass das wegfällt. Ich glaube, Sie haben alle Verständnis dafür. Die Ablehnung möchte ich noch mit zwei Schwerpunkten begründen. Das eine ist, dass wir fest davon überzeugt sind, auch wenn die Verwaltung das immer wieder abstreitet, aber wie belastbar Aussagen der Verwaltung in diesem Bereich sind, das belegt die Vorlage auch wieder sehr anschaulich. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Kosten für die Einheitsgebühr wesentlich geringer sind als Kosten, die durch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei Gebührenermittlung, bei Ermäßigungsberechnung, bei Einkommensprüfung und Widerspruchsbearbeitung entstehen. Uns wurde auch immer von freien Trägern, also neuen freien Trägern, die ja auch diese Staffelung vornehmen, bestätigt, dass das so ist, dass der Verwaltungsaufwand enorm ist. Und indirekt haben wir heute auch in dieser Tabelle, die uns jetzt ausgeteilt worden ist, eine zahlenmäßige Bestätigung gefunden, denn wenn hier gesagt wird, dass für die Ganztagsbetreuung im Kindergarten, um entsprechende Einnahmen und Ausgaben zu bekommen wie bei dieser Gebührenstaffelung, eine monatliche Gebühr von 180 € notwendig ist, dann muss ich einfach sagen, dass dem gegenüber die alten freien Träger, die ja eine einheitliche Gebühr erheben, eine monatliche Gebühr von 94 € haben, also etwas mehr als die Hälfte. Das belegt, dass da offenbar zusätzliche Kosten noch mit einfließen, die ich nur diesem Verwaltungsaufwand zuschreiben kann. Die Hoffnung, dass der Stadt durch diese Beitragsregelung Anträge gemäß § 90 KJHG vorenthalten oder völlig erspart blieben, ist ja auch leider falsch. Wie aus der Antwort hervorging, ist die Anzahl der Antragsteller bei den kommunalen Kindertageseinrichtungen mit 900 ja auch relativ hoch, und davon wurden 780 bewilligt. Bei den freien Trägern sind es etwas über 1000, und davon sind 920 bewilligt, d.h. also, bei denen, die Einheitsgebühr haben, ist diese Anzahl der Antragsteller nicht wesentlich höher. Der zweite Grund ist der, dass in dieser Vorlage, in dieser Gebührenbemessung die Relation zwischen den einzelnen Betreuungskategorien ein Missverhältnis darstellt, und zwar ganz besonders und spezifisch im Hortbereich. Wenn man das Prinzip Kostenentstehung und Kostenausgleich zur Grundlage macht und eine Betreuungszeit von 60 Stunden als Basisberechnungsgröße nimmt, ist ein Anteil von 3,6 % - würde das praktisch heißen – im Hort bei einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 25 Kindern gegenüber einem Anteil, also einem Einkommensanteil von 3,7 % im Kindergartenbereich bei einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 12 und einem Einkommensanteil von 4,2 %, im Krippenbereich mit einem Betreuungsschlüssel von 1,6 völlig unverhältnismäßig. Das entspricht nicht dem Betreuungsaufwand im Hortbereich und müsste noch mal korrigiert oder näher durchleuchtet werden. Außerdem kommt im Hortbereich auch nicht das zum Tragen, was im Kindertagesstättenbereich ja immer noch eine Rolle spielt, dass der günstigere Betreuungsschlüssel im Krippenbereich für die Kindergartenkinder ja noch positive Synergieeffekte hat. Dazu kommt außerdem noch, und da muss ich auch wieder Frau Haerting Recht geben, dass die Horte – wir haben das jetzt gerade wieder in Dölau betrachten können – in zum Teil so miesen Verhältnissen untergebracht sind, dass man da eigentlich auch so eine Gebühr überhaupt nicht rechtfertigen könnte. Bei der Berechnung der Kosten ist wahrscheinlich auch vermutlich dieser hohe, dieser hohe Betrag für die Hortgebühren dadurch entstanden, dass die Sachkosten - dieser Sachkostenanteil bei der Kostenkalkulation ist ja doch sehr unverhältnismäßig hoch – auf das zurückliegende Jahr bezogen wurden, in dem Jahr, indem ja die Horte von den Schulen getrennt worden sind und dadurch auch hohe Anschaffungsgebühren entstanden sind, um eben diese Hort....“ (*Zwischenrufe zur Redezeit*)

Herr **Bönisch**: "Ich muss gestehen, ich habe nicht gemessen, aber ich kann mir durchaus vorstellen, dass es nicht unberechtigt ist - dieser Einwand. Sie sollten vielleicht langsam..."

Frau **Dr. Bergner**: "Ich wollte das jetzt nur noch mal zu Ende führen, dass ich annehme, dass da also die Sachkostenanteile zu hoch eingeflossen sind und dass auch diese – der dritte Anteil, der also die Gebäudeberechnung betrifft, zu hoch kalkuliert worden ist. Im wesentlichen sind das die beiden Punkte für die Ablehnung. Ich könnte natürlich noch ein paar andere Dinge anführen, aber wenn Ihnen das nicht wichtig genug erscheint, dann reicht das auch. Die CDU lehnt also diese Gebührensatzung ab."

Herr **Bönisch**: "Herr Dr. Meerheim, bitte."

Herr **Dr. Meerheim**: "Also, es ist ja so, Frau Dr. Bergner, Sie haben zwar gesagt, Sie lehnen das ab, aber wir haben ja heute mal das da, was Sie von den Eltern verlangen, wenn wir die gleichen Einnahmen, wie wir sie jetzt eventuell beschließen, bekommen müssen – was – ich will sie bloß mal vorlesen – 200 € für jemanden, der 15 000 €, 20 000 € oder 30 000 € Brutto im Jahr verdient. In der jetzigen Tabelle ist das die vorletzte Stufe, wenn jemand bis 64 000 € verdient – das muten Sie den Eltern zu, das müssten Sie draußen auf der Straße sagen, nicht, dass Sie heute dagegen stimmen, dass 60 % der Eltern laut der neuen Gebührenordnung überhaupt nicht von Gebührenerhöhungen betroffen sind, sondern tatsächlich sind es knapp 40 %. Und ich finde das einfach – ich sage so – Lug und Trug, was hier vorgemacht wird, scheinbar sozial, aber Tatsache ist, die Kosten würden nach Ihrem Vorschlag voll in unsozialer Höhe auf die Eltern umgelegt werden müssen, wenn es denn so käme. Und noch einmal zurück zu Ihren Kalkulationsgrundlagen, wo da angeblich für den Hort falsch sein soll. Die sind genau kalkuliert. Ich habe es bei mir durch. Diese Kosten, die dort vorgeführt werden in der Kalkulation, sind genau die gleichen, wie bei uns z.B. in vier Horten im Durchschnitt anfallen. Dass der eine Hort mal anders ist, das ist völlig normal, das kann am Gebäude durchaus hängen, da haben Sie durchaus Recht, ansonsten stimmt die Kalkulationsgrundlage, die die Verwaltung hier vorgelegt hat, auch im Hortbereich."

Herr **Bönisch**: "Frau Szabados, bitte."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: "Ich möchte nur noch einmal kurz darauf eingehen, was die Beteiligung der Kuratorien angeht. Also die Kuratorien sind mit der Satzung und mit der Gebührensatzung befasst worden, und zwar die Kuratorien einzeln mit der Vorlage, wie wir sie ursprünglich hatten. Da ist darüber diskutiert worden. Wir haben dann – und es ist nach KiBeG nicht vorgeschrieben, auf welche Weise wir die Kuratorien beteiligen – alle Kuratorien eingeladen und zwar am letzten Freitag und haben dort diese Satzung und die jetzt sich ergebende Änderung noch mal vorgestellt. Ich denke, damit sind wir dem KiBeG im vollen Ausmaß gerecht geworden. Und, Frau Dr. Bergner, da die Horte auch nach KiBeG betrieben werden, gibt es nicht eine eigenständige Hortelternvertretung, sondern das läuft bei den Trägern und bei den Einrichtungen insgesamt als eine Einrichtung, als eine Einrichtungsververtretung und diese Kuratorien hatten wir eingeladen."

Ich möchte nur noch einmal sehr deutlich sagen, in der Sitzung oder in der Versammlung am letzten Freitag, Frau Dr. Bergner, da sagte auch ein Vater, wie ungerecht doch das nun wäre, dass diejenigen, die besser verdienen, nur doppelt zur Kasse gebeten werden. Da sind mehrere aufgetreten und vor allem eine Mutter hat sich geäußert und sie hat gesagt: Wissen Sie, dass ist eigentlich das, was in der Stadt Halle gut läuft und was wirklich junge Familien und Familien mit niedrigem Einkommen aber wirklich extrem entlastet. Und ich muss Ihnen noch mal sagen, diejenigen, die durch die Regelung, die ab 01.01.2002 gilt und diese steuerliche Absetzung, wenn Sie dann sich das mal genau ausrechnen, dann kommt nämlich beim Steuersatz von ... (*Zwischenruf*) ja, aber die, die mehr verdienen, die können auch mehr absetzen und die kommen im Endeffekt nicht schlechter als jetzt.

Wir haben Ihnen das ausgerechnet, Herr Geuther, ich kann Ihnen das gerne geben.

Und ich bitte das einfach mal zur Kenntnis zu nehmen und ich – verdammt noch mal – kein Mensch regt sich da drüber auf, wenn die Kirchensteuer nach Einkommen abgezogen wird, wenn andere Steuern nach Einkommen abgezogen werden, und hier, hier fängt man an und will eine Einheitsgebühr haben. Und ich muss Ihnen sagen, die Kirchengemeinden – weil das auch eben noch einmal gekommen ist – die ihre Kindergärten nach Einheitsgebühr abrechnen, ... können Sie jetzt auch nicht mehr die Einheitsgebühr anrechnen, die jetzt da ist von den Kirchengemeinden; die müssen die gleichen Einnahmen erzielen wie im Schnitt alle anderen Kindertageseinrichtungen auch, den ich kann ja nicht die Bevölkerung der Stadt Halle belasten, weil Kirchengemeinden keine Einnahmen erzielen wollen. Und ich denke, die müssen auch mal überlegen, inwieweit bestimmte Dinge sozial gerechtfertigt sind. Und es kann doch irgendwo nicht angehen, wenn in Kirchengemeinden verhältnismäßig dann mehr privilegierte Leute ihre Kinder hinbringen und die, wo die Kinder – die Eltern ärmer sind, obwohl sie Kirchen- und Gemeindeglieder sind, die gehen in die kommunalen oder zu den von den freien Trägern. Irgendwo ist da etwas schief, und das müssen sich die Kirchengemeinden auch mal überlegen.” (*Zwischenrufe*)

Herr **Bönisch**: ”Herr Geuther, bitte.”

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: ”Das sollten wir, Herr Kupke.”

Herr **Bönisch**: ”Herr Geuther, bitte.”

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion: ”Frau Szabados, zu dem eben, was Sie sagten. Bei einer Ganztagsbetreuung nehmen die alten freien Träger jetzt 94,59 €, so, und damit kommen sie aus. Selbst wenn Sie sagen, die müssen auch eine Erhöhung machen, aber sie kämen nie auf 180 €, also diese Zahl ist geschuldet der schlechten Organisation oder anderen Gründen, aber auf jeden Fall ist es nicht so, dass die Stadt unbedingt gezwungen ist, 180 € von den Eltern zu verlangen, wenn Einheitsgebühr genommen wird. Selbst wenn Sie berücksichtigen, dass eventuell in den 94 € eine Fehlbedarfsfinanzierung von der Stadt noch drin ist. – Bei meiner Frau z.B. im Kindergarten ist kaum Fehlbedarfsfinanzierung, da sind nur die normalen Förderregelsätze, die auch die Stadt bekommt, drin und trotzdem geht es mit 94,59 €.”

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: ”Also das müssten wir uns...”

Herr **Bönisch**: ”Frau Szabados - Frau Szabados, es gab noch Wortmeldungen... Ich bitte jetzt keine Zwiesgespräche zu führen. Jetzt hat Herr Prof. Schuh das Wort.”

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion: ”Also angesichts des Tabellensalats, den ich hier vorliegen habe, möchte ich zumindest wissen, über was ich jetzt hier abstimme. Wenn ich das richtig verstehe, ist im wesentlichen in dem Hortbereich eine Senkung erfolgt, am Montag. Bei den anderen Zahlen sehe ich da nicht viel. (*Zwischenrufe*) – Nein, was also in diesem Ausschuss, was wir jetzt hier beschließen, das ist nur Hortbereich. So, da habe ich dann noch mal die Frage, Frau Szabados: Sparen wir denn jetzt noch was? Also, das heißt - Haben Sie jetzt noch Mehreinnahmen? Also, die erste Vorlage, muss ich sagen, und da war ich ja mit Herrn Meerheim auch einer Meinung im Finanzausschuss, das fanden wir nicht mehrheitsfähig und würdig. Dann kam die zweite, wo ich denke, das war ein guter Kompromiss. Ist denn jetzt mal gerechnet worden, ob wir jetzt dann im Hortbereich soviel gesenkt haben, dass wir die Haushaltskonsolidierung wieder vergessen können? Da hätte ich doch dann noch eine Zahl gewünscht, wie viel wir denn jetzt mehr einnehmen. Das sind ja Mehreinnahmen, wir sparen ja nichts, wir nehmen ja einfach mehr ein.”

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: ”Wir haben...”

Herr **Bönisch**: "Frau Szabados, bitte, ich muss Ihnen erst das Wort erteilen, bevor Sie es haben..."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: "Verzeihung."

Herr **Bönisch**: "Jetzt gibt es einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Biesecke, den muss ich vorziehen. Bitte, Herr Biesecke."

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion: "Ich beantrage Schluss der Rednerliste."

Herr **Bönisch**: "Geschäftsordnungsantrag Schluss der Rednerliste. Gibt es zu dem Geschäftsordnungsantrag eine Anmerkung? Ich habe auf der Liste jetzt noch Frau Szabados und Herrn Lehmann."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: "Ich möchte nur gern auf die Anfrage..."

Herr **Bönisch**: "Frau Szabados – zum Geschäftsordnungsantrag? – Also, zum Geschäftsordnungsantrag keine Wortmeldung. Dann können wir über diesen **Geschäftsordnungsantrag abstimmen**, also Schluss der Rednerliste, die Frau Szabados und Herrn Lehmann umfasst. Wer dem zustimmen kann, den bitte im ums Handzeichen. – Das ist eine **klare Mehrheit**. Danke. Damit haben wir jetzt also noch zwei Wortmeldungen, Frau Szabados und Herrn Lehmann. Bitte, Frau Szabados."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: "Ich möchte gern auf die Anfrage von Herrn Prof. Schuh antworten. Wir haben das schon ausgewiesen – was Sie am Montag bekommen haben, da haben wir die Änderung vorgenommen. Unter Einbeziehung der Änderung im Hortbereich, wir sparen also im Jahr – jetzt nicht im Jahr 2002, sondern pro Jahr – im kommunalen Bereich 1,1 Mio € und bei den freien Trägern ungefähr 700 T€. Wir müssen aber gegen rechnen, dass wir verstärkt Anträge auf Befreiung bekommen nach KJHG, als die, die praktisch drunter liegen. Und so kommen wir wieder auf die Zahl, die wir als Konsolidierung von vornherein ausgewiesen hatten, nämlich die gute eine Million im Jahr. Also, das ist geblieben. Herr Prof. Schuh, wir hatten bei unserer ersten Vorlage - hätten die Kindergärten weniger bezahlt als bisher. Da das aber als sozial unverträglich angesehen wurde, haben wir ja noch einmal diese Überlegungen angestellt, und deswegen haben wir jetzt diese Anpassung vorgenommen. Aber es bleibt bei der Einsparung."

Herr **Bönisch**: "Herr Lehmann, bitte."

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion: "In der Vorlage auf Seite – Seitennummerierung ist nicht drauf – unter 3. – wird zukünftig geregelt die Kündigung des Betreuungsplatzes bei nichtgezahlten Beiträgen. Dann wird von der Problematik der Beitragaußenstände gesprochen. Und ich erinnere mich an Zahlen, die vor geraumer Zeit durch die Presse oder Gerüchteküche kursierten, dass cirka drei Millionen wohl im Raume standen. Frage: Kann man beantworten, wie hoch die Beitragsaußenstände heute sind? Und ist möglicherweise in Kalkulation auch ein Betrag X mit eingeflossen, um möglicherweise solche Ausfälle zu kompensieren?"

Herr **Bönisch**: "Herr Lehmann, bei strenger Auslegung der Geschäftsordnung müssen wir die Frage in die nächste Sitzung vertagen, denn wir haben Schluss der Rednerliste, d.h. da darf auch niemand mehr die Frage beantworten, wenn man es streng nimmt, nicht. – Nein, wieso denn, Schluss der Rednerliste ist Schluss der Rednerliste, da kann ich nicht noch jemanden drauf setzen und der stellt dann wieder eine Frage und der nächste wieder eine Frage und dann sind wir rum. Also, das geht so nicht. Wir haben jetzt hier Schluss der

Rednerliste. Ich habe gesagt, wer das Wort hatte, und das ist jetzt mit Ihrer Stellungnahme abgeschlossen.”

Herr **Lehmann**: ”Dann bitte ich um spätere Auskunft zu dieser Frage.”

Herr **Bönisch**: ”Frau Szabados hat gesagt, sie macht es schriftlich.”

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: ”Herr Lehmann, wir müssen sowieso in der Sache berichten im Rechnungsprüfungsausschusses. Dann kriegen Sie das.”

Herr **Bönisch**: ”Danke, ich hoffe, dass mit dem Kompromiss alle leben können. Wir kommen damit zur **Abstimmung**. Wer dieser Vorlage zustimmen kann – also, Klarheit noch mal, die Tabelle aus dem dreiblättrigen Papier, der Text aus dem heute vorgelegten etwas dickeren – wer dem so zustimmen kann, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. – Ich bitte um Auszählung. – Danke. Wer ist dagegen? – Danke. Und wer enthält sich? – Danke. – Bei **30 Zustimmungen, 19 Ablehnungen** und einer **1 Enthaltung** ist diese Vorlage **angenommen**.”

**Beschluss Nr. III/2002/02148 - Satzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Gebührensatzung über den Besuch
Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)**

1. Die Satzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle vom 18.12.96, zuletzt geändert durch den Beschluss des Stadtrates vom 18.04.2001 (Vorlagen Nr. III /2001/01389), wird zum 30.09.2002 aufgehoben.
Die Satzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle gemäß Anlage 2 tritt zum 01.10.2002 in Kraft.
 2. Die Gebührensatzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle vom 18.12.96 und die Änderungssatzung vom 18.03.1998, zuletzt geändert durch den Beschluss des Stadtrates vom 18.04.2001 (Vorlagen Nr. III/2001/01389), wird zum 30.09.2002 aufgehoben.
Die Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) gemäß Anlage 3 tritt zum 01.10.2002 in Kraft.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzungen ortsüblich bekannt zu machen.
-

Zu TOP 18 - Beschluss zur Änderung der Betriebsform für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr. III/2002/02519

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, ging auf das aktuelle Änderungsblatt ein und zitierte daraus Punkt 3 des Beschlusstextes. Er persönlich wisse nicht, was mit dem Wort "Finanzverwaltung" gemeint sei. Das andere sei, dass der Stadtrat etwas noch nicht beschlossen habe, was aber schon genehmigt worden sei, sei ihm eine ganz neue Sache. Er könne mit dem Punkt 3 gar nichts anfangen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, meinte, so sei es, wenn man die Vorlagen nicht lese. Auf der ursprünglichen Vorlage stünde der gleiche Text, da habe man sich nicht aufgeregt. Er habe ein einziges Wort eingefügt, nämlich den "Personalüberleitungsvertrag"; da habe Herr Biesecke offensichtlich nichts daran auszusetzen. Er denke, es sei jedem verständlich, warum das gemacht werde – damit man im Vorfeld versucht, alles abzuklären.

Frau Bürgermeisterin **Szabados**, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, erläuterte, mit "Finanzverwaltung" sei das Finanzamt gemeint. Die vorhin beschlossene Kita-Gebührensatzung sei auch schon genehmigt worden.

Herr **Voß**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion begrüße ausdrücklich die Vorlage in der jetzigen Form. Es liege der SPD-Fraktion sehr viel daran, dass die Ängste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr ernstgenommen werden und deswegen bereits zum jetzigen Zeitpunkt sichergestellt werden solle, dass keiner der dort Beschäftigten einen rechtlichen Nachteil durch den Übergang in die gGmbH haben soll. Deswegen sei der von Herrn Dr. Meerheim eingebrachte Vorschlag, hier die bisher geltenden Tarifverträge anzuwenden, uneingeschränkt positiv zu werten, und er solle dazu dienen, dass dann, wenn der Stadtrat über den Gesellschaftsvertrag und die konkrete Ausgestaltung zu entscheiden hat, bereits im Vorfeld der Beratungen diese Dinge mit berücksichtigt werden. Seine Fraktion möchte jedoch noch einen Schritt weiter gehen, möchte auch sicher stellen, dass der Personalrat bzw. die Mitarbeiter einschließlich der Gewerkschaften in der neu zu gründenden gGmbH einen entscheidendes Mitspracherecht haben. Deshalb stelle seine Fraktion folgenden **Ergänzungsantrag**, der als **Punkt 7** in den Beschlusstext aufgenommen werden soll:

Die Mitbestimmung in der gGmbH erfolgt nach dem Mitbestimmungsgesetz.

Das habe zur Folge, dass der Aufsichtsrat paritätisch besetzt sei, so dass hier eine besondere Mitbestimmungsmöglichkeit für die Arbeitnehmerinnen bestehe.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, meinte, der Antrag der SPD-Fraktion sei bereits im Finanzausschuss gestellt worden und habe dort keine Mehrheit gefunden. Seine Fraktion denke, dass der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung reiche. Er frage, ob die Änderung des Finanzausschusses – Bezahlung des übernommenen Personals nach Tarif - aufgenommen worden sei. (*Dies wurde aus den Reihen des Stadtrates bestätigt.*)

Er frage weiter: Es werde geschrieben, dass das pädagogische Personal nach § 613 a BGB in den Eigenbetrieb übergehe, für die Mitarbeiter der Verwaltung der Kita gelte das Prinzip der Freiwilligkeit. – Sehe man da eine Gefahr, dass möglicherweise alle Kindergärtnerinnen übergeleitet worden seien, aber die Verwaltung dann von außen eingestellt werde und die Verwaltung auf einem Haufen Verwaltungspersonal sitzen bleibe?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete auf die erste Frage, es sei formuliert worden: für alle übernommenen Beschäftigten bleibe Geltung BAT usw.

Das Zweite sei rechtlich nicht anders möglich. Die Verwaltung wolle jedoch nach dem Prinzip vorgehen, dass die Mitarbeiter der Aufgabe folgen, d.h. die Mitarbeiter, die bisher den hoheitlichen Bereich bearbeitet haben, bleiben in der Stadtverwaltung, gehen ins Jugendamt, und die, die für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen zuständig sind, bleiben in der neuen Betriebsform, also im Betrieb. Einstellungen von außen werden es nicht geben.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, ging auf Formulierungen in den Begründung ein. Da heiße es, dass bei der Änderung der Betriebsform eine Modernisierung im Vordergrund stehe. Er denke, dass eine Änderung der Betriebsform, gerade auch unter dem Haushaltskonsolidierungsbemühen, auch mit einer Effizienzerhöhung einhergehen sollte. Ähnliches habe man beim Tourismus e.V. getan. Warum könne man den BAT-Ost hier nicht auf eine bestimmte Zeit begrenzen, um damit in Zukunft die Möglichkeit zu eröffnen, noch effizienter zu werden und damit die Kosten für die Stadt deutlich zu verbessern?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, diese Strukturänderung habe der Stadtrat schon lange angemahnt, dass eine Erbringung von Leistungen nicht in Verwaltungsstrukturen zu geschehen habe. Die Verwaltung habe von Anfang an gesagt, dass ein Hauptanliegen dabei sein müsse, auch transparente Strukturen zu schaffen, dann auch nachzuweisen, dass die kommunalen Kitas in einer solchen Rechtsform vergleichbar seien mit denen der freien Träger. Effektiver werde es im reinen Verwaltungshandeln. Deshalb werde es auch eine Einsparung geben, die etwa 1 Mio € betrage. Im reinen pädagogischen Bereich sehe sie diese Möglichkeiten erst einmal nicht.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, erklärte, die HAL-Fraktion begrüße die Vorlage. Sie beantragte namens der Fraktion, die **Punkte getrennt abzustimmen**.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, äußerte, auch seine Fraktion begrüße vom Grundsatz her diese Vorlage. Ein wesentlicher Punkt, die Bedenken hinsichtlich der Weiterführung des BAT, seien schon angesprochen worden. Deswegen finde man den Vorschlag der HAL-Fraktion gut, die Punkte getrennt abzustimmen. Gegenüber dem Antrag der SPD-Fraktion habe man Bedenken.

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion, gab das Abstimmungsergebnis des Jugendhilfeausschusses bekannt und verwies darauf, dass der Stadtrat heute zunächst seinen Willen bekunde, diese Dinge auf den Weg zu bringen.

Herr **Voß** argumentierte für den Antrag seiner Fraktion.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, beantragte, die Vorlage geschlossen in allen Punkten abzustimmen. Dies sei sinnvoller, da die Punkte einander bedingten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum GO-Antrag auf

Einzelabstimmung der Punkte: bei 22 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

**Zu TOP 19 - Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der
Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02414

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02414 - Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der
Stadt Halle (Saale)**

**Der Stadtrat stimmt den Leitzielen der Kinder-, Jugend und Familienpolitik der Stadt
Halle (Saale) zu.**

Zu TOP 20 - Vereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2002/02378

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, beantragte namens seiner Fraktion, über die beiden Beschlusspunkte einzeln abzustimmen.

Abstimmung zum GO-Antrag auf Einzelabstimmung: mehrheitlich a b g e l e h n t

Zur Vorlage gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02378 - Vereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem
Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale)**

- 1. Der Stadtrat nimmt die Satzung des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.**
 - 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die als Anlage beigefügte Vereinbarung mit dem Ausländerbeirat abzuschließen.**
-

Zu TOP 21 - Fachkonzept Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) Kommunale Beschäftigungsförderung

Vorlagen-Nr.: III/2002/02546

Frau Bürgermeisterin **Szabados**, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, merkte an, über die Intensivierung der kommunalen Beschäftigungsförderung meine man, eine Chance zu haben, die Sozialhilfe in den kommenden Jahren einfrieren zu können. Die Hartz-Kommission habe jetzt ihre Papiere auf den Tisch gelegt. Darin komme zum Ausdruck, dass arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger über die Finanzierung der Arbeitsverwaltung in Arbeit gebracht werden sollen. Wenn dies im nächsten Jahr greifen sollte, dann werde die Stadt diese Möglichkeit soweit es geht ausnutzen. Diese Vorlage sei entstanden, als die neuen Vorschläge noch nicht auf dem Tisch gelegen haben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02546 - Fachkonzept Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) Kommunale Beschäftigungsförderung

- 1. Im Jahre 2002 werden zusätzlich 300 sozialversicherungspflichtige Jahresarbeitsverträge mit jugendlichen Sozialhilfeempfängern (SHE) abgeschlossen.
Dazu werden die städtischen Zuschüsse für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, Haushaltsstellen 1.8410.715000.9 und 1.8410.715200.1, überplanmäßig um 1.560.300 € auf 3.919.300 € erhöht.**
 - 2. Der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) wird beauftragt, den Wirtschaftsplan 2002 entsprechend zu überarbeiten.**
 - 3. Bedingung für ein Einfrieren des Sozialhilfebudget (HH-Stelle 1.4100.730000.2) in Höhe von 45 Mio € sind ca. 500 sozialversicherungspflichtige Jahresarbeitsverträge für SHE im Jahresdurchschnitt der kommenden Jahre. Dafür ist im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (HH-Stellen 1.8410.715000.9 und 1.8410.715200.1) ein jährlicher städtischer Zuschuss von ca. 4,5 Mio € in den entsprechenden Jahren notwendig.**
 - 4. Voraussetzung für die Umsetzung dieses Fachkonzeptes ist der weitere Bestand der Drittmittelförderung und keine wesentlichen Veränderungen in der Sozialstruktur der Stadt Halle und in der Finanzierung der gesetzlichen Sozialhilfesysteme.**
-

**Zu TOP 22 - Einleitung der Vorbereitenden Untersuchungen nach
§ 141 BauGB zur Erweiterung des förmlich festgelegten
Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern",
Halle (Saale) um den Bereich "Königliches Pädagogium
in den Franckeschen Stiftungen"**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02583

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, ging auf eine Diskussion im Planungsausschuss zu dieser Vorlage ein. Dabei sei die Frage gestellt worden, warum nicht alle Häuser der Franckeschen Stiftungen einbezogen werden. Die dazu gegebene Antwort bitte sie zu wiederholen.

Frau **Dr. Merk**, Leiterin Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung, erläuterte, eine Ausweitung auf den Gesamtkomplex der Franckeschen Stiftungen sei nicht notwendig. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen ganz konzentriert für diesen festgelegten Bereich genutzt werden.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, wies darauf hin, dass es hierbei auch um die Perspektive einer Schule in freier Trägerschaft gehe und damit ein Zeichen der Anerkennung für die dort geleistete pädagogische Arbeit gegeben werde.

Frau Bürgermeisterin **Szabados**, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, bat um Zustimmung zur Vorlage, damit die Altenpflegeeinrichtung auf den Weg gebracht werden könne. Hier habe eine sehr gute Kombination zwischen Stadtsanierung, Schulsanierung und Altenpflege.

Herr **Ei-Khalil**, CDU-Fraktion, äußerte Bedenken, ob das funktionieren werde, einerseits die lärmenden Kinder auf dem Schulhof und unmittelbar daneben ein Altenpflegeheim.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** verwies auf das Konzept, Alt und Jung zusammenzubringen, das vom Kuratorium Deutsche Altenhilfe als ein hervorragendes hervorgehoben worden sei. Alle Beteiligten sähen das als eine ausgewogene Geschichte an.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, schilderte aus eigenen Erfahrungen, dass ein Zusammenleben von Alt und Jung gut möglich sei, es sei ein gegenseitiges Geben und Nehmen.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, informierte zum Abstimmungsergebnis zur Vorlage im Planungsausschuss.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, begrüßte namens seiner Fraktion die Vorlage.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02583 - Einleitung der Vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB zur Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" Halle (Saale) um den Bereich "Königliches Pädagogium in den Franckeschen Stiftungen"

Der Stadtrat befürwortet die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets "Historischer Altstadt kern" um den Bereich "Königliches Pädagogium in den Franckeschen Stiftungen".

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Aufnahme zu prüfen und alle erforderlichen rechtlichen Schritte zur Erweiterung einzuleiten.

Der Vorsitzende des Stadtrates informierte, dass es zwischenzeitlich noch ein **Geschäftsordnungsproblem** gegeben habe.

Es sei angefragt worden, ob – wie bei Abstimmung des TOP 20 – die Kenntnisnahme eines Sachverhaltes mit einer Entscheidung in einem Beschluss kombiniert werden könne.

Herr Borries habe dazu folgendermaßen Stellung genommen: Da nach seiner Auffassung die "Kenntnisnahme" durch den Stadtrat einer Beschlussfassung nicht zugänglich ist, habe eigentlich nur Punkt 2 der Vorlage zur Abstimmung gestanden. Insoweit dürfte es unerheblich sein, ob zusammen oder getrennt abgestimmt worden sei.

**Zu TOP 22 A - Satzung der Stadt Halle über die Erweiterung des
förmlich festgelegten städtebaulichen
Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" um
den Bereich des Solbades Wittekind**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02435

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02435 – Satzung der Stadt Halle über die Erweiterung des
förmlich festgelegten städtebaulichen
Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" um den
Bereich des Solbad Wittekind**

- 1. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten städtebaulichen Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" um den Bereich des Solbad Wittekind auf der Grundlage von § 142 (1) und (3) BauGB.**
 - 2. Die Satzung ist gemäß § 143 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.**
-

Zu Wiedervorlage von Anträgen

Zu TOP 23 - Antrag des Stadtrates Klaus Müller, PDS – zum Stadtratsinformationssystem (Dokumentenserver)

Vorlagen-Nr. III/2002/02184

Herr **Müller**, PDS-Fraktion, bat um Zustimmung zum Antrag. Er wies darauf hin, dass im Protokoll zur Sitzung des Hauptausschuss zwei Fehler enthalten seien. Man habe sich im Ausschuss darauf verständigt, dass in Punkt 2 nicht mehr von einem Ausschuss die Rede sei, sondern von einer Arbeitsgruppe. Protokollarisch sei festgehalten worden, dass Punkt 3 so zu verstehen sei, dass alle Bemerkungen, die in Klammer stehen, lediglich der Erläuterung dienen und nicht Bestandteil des Beschlusstextes bleiben sollen.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, beantragte, **Punkt 6** des Antrag zu **streichen**. Jeder Stadtrat bekomme eine monatliche Aufwandsentschädigung, die für diesen Zweck mitgenutzt werden sollte.

Herr **Müller** meinte, aus jetzt internen Kosten würden anteilig externe Kosten werden. Man müssten sich schön darüber verständigen, ob diese Kosten in irgendeiner Form abgegolten werden können.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Änderungsantrag Stadtrat Heft: bei 17 Ja-Stimmen
21
ein-Stimmen

mehrheitlich **a b g e l e h n t**

Abstimmung zur Vorlage in modifizierter Form: mehrheitlich **z u g e s t i m m t**
(Empfehlung des Hauptausschusses)

**Beschluss Nr. III/2002/02184 - Antrag des Stadtrates Klaus Müller, PDS – zum
Stadtratsinformationssystem (Dokumentenserver)**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Stadtratsinformationssystem (Dokumentenserver) einzurichten.
2. Für die Vorbereitung und Einführungsphase wird eine Arbeitsgruppe gebildet.
3. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Einführung, Betrieb und Administration des Dokumentenservers.
4. Durch die Verwaltung ist abzufragen, welche Stadträtinnen und Stadträte auf die Papierform der Unterlagen verzichten würden, wenn ein solcher Dienst angeboten wird.
5. Es ist durch die Verwaltung zu ermitteln, in welchem Umfang durch diesen Dienst Kosten gespart werden können.
6. Stadträtinnen und Stadträten, welche diesen Dienst nutzen und auf die Zustellung der Unterlagen in Papierform verzichten, erhalten eine monatliche Pauschale für die ihnen entstehenden Aufwendungen. Hierzu ist durch die Verwaltung ein Vorschlag zu erarbeiten.

**Zu TOP 24 - Antrag der CDU-Fraktion – betreffend die Auflösung des
Mietvertrages mit den Nutzern der Reilstraße 78**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02252

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion erhalte den Antrag auch nach den Beratungen in Jugendhilfeausschuss und Innenausschuss in vollem Umfang aufrecht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**Zu TOP 25 - Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die einheitliche
Begrenzung der Zuwendungshöhe**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02254

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, erklärte, nach Kenntnisnahme der Stellungnahme der Verwaltung ziehe seine Fraktion den Antrag zurück.

Der Antrag wurde durch die einbringende Fraktion zurückgezogen.

Zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten

**Zu TOP 26 - Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion –
Umbesetzung des Finanzausschusses**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02513

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02513 - Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion –
Umbesetzung des Finanzausschusses**

**Stadtrat Andreas S p i t z k e scheidet aus dem Finanzausschuss aus.
Stadtrat Prof. Dieter S c h u h wird in den Finanzausschuss aufgenommen.**

Zu TOP 27 - Antrag der Stadträtin Isa Weiß, CDU - zur Vorlage eines Vergleiches zwischen dem Stellenplan alter Fassung und dem Stellenplan der am 01.07.2002 eingeführten Struktur hinsichtlich der Stellen des höheren Dienstes

Vorlagen-Nr.: III/2002/02571

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, dankte der Verwaltung, dass nunmehr ihre Anfrage von vor fast einem Jahr, die sie mehrfach wiederholt habe, auf dem Antragsweg beantwortet worden sei. Ihre Befürchtungen, die sie damals gehegt habe, seien leider eingetreten. Von 125 Planstellen im höheren Dienst seien durch umfassende Strukturänderung ganze zwei Stellen in der niedrigsten Gehaltsgruppe eingespart worden. Wenn man bedenke, dass die Stadtverwaltung noch diverse Berater beschäftige, müsse man davon ausgehen, dass es so etwas wie einen zweiten Personalhaushalt gebe. Angesichts dieser "Einsparungen" frage sie die Oberbürgermeisterin, ob mit dieser Art der Verwaltungsumstrukturierung Effizienzsteigerung und Optimierung in der Verwaltung gemeint sei; für sie sei das nicht zu erkennen.

In dem Zusammenhang sei auch bemerkenswert, dass das Regierungspräsidium angekündigt habe, im Rahmen der Genehmigung bzw. Teilgenehmigung der Haushaltssatzung hinsichtlich des Stellenplanes noch eine Verfügung bevorstehe. Der Antrag habe sich damit erledigt.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, es sei immer so, dass das Regierungspräsidium zum Stellenplan Stellung nehme, das sei nichts Besonderes. Die Tatsache, dass man im Moment noch diese Anzahl der Stellen im höheren Dienst habe, sei der Entwicklung geschuldet, dass bei der Umstrukturierung nicht gleich die Stellen derer entfallen, die in der neuen Struktur diesen Platz nicht mehr haben, sondern anschließend müsse Aufgabenkritik gemacht werden, um festzustellen, wie die Stellenbemessung und –ausstattung pro Fachbereich sein müsse. Dieser Prozess laufe derzeit. Im Fachbereich I gehe man davon aus, dass diese Analyse bis Ende des Jahres abgeschlossen sein werde. Dann könne man die Zahlen neu herausgeben.

Frau **Weiß** ergänzte, sie sei der Meinung, dass – wenn man eine Strukturänderung vor habe – vorher eine klare Struktur, wie man die Verwaltung haben wolle, existieren sollte. Man könne doch nicht etwas ändern, wenn man gar nicht wisse, was unter dem Strich herauskomme. Man müsse doch vorher wissen, was man wolle und nicht hinterher gucken, was da vielleicht herauskomme.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, man wisse genau, dass eine Organisationsuntersuchung für die gesamte Stadtverwaltung eben nicht im Vorfeld so ohne weiteres möglich sei, denn man wolle ja nach der Strukturänderung auch entscheiden, welche Aufgaben in den einzelnen Fachbereichen überhaupt noch bearbeitet werden und von welchen Aufgaben man sich trenne. Dadurch werde es erhebliche Veränderungen geben; diese müssten aber sorgfältig untersucht, denn kein Personalrat werde irgendwelchen allgemeinen oder pauschalen Überlegungen folgen, sondern eine genau Organisationsanalyse verlangen, wenn man über Stellenstreichungen spreche. Dieser Prozess müsse jetzt noch geleistet werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde als erledigt erklärt.

Zu TOP 28 - Antrag der SPD-Fraktion - zur Bezuschussung des "Open-Air-Kinos" in Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2002/02578

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, äußerte die Verwunderung seiner Fraktion über die Stellungnahme der Verwaltung. Eine Aufgabenstrukturreform, wie sie in der Stadtverwaltung u.a. stattfindet, diene auch dazu, die Stadtverwaltung von Aufgaben zu entlasten, die andere genauso gut oder besser können. Warum ein städtisches Kulturbüro ein Sommerkino durchführen müsse, wenn es auf dem Markt und der Rennbahn derartiges gebe, sei ihm nicht eingängig.

Er ging auf einzelne Passagen der Stellungnahme ein.

Der (nicht mehr anwesende) Kulturdezernent müsse sich eine Frage gefallen lassen:

Herr Dr. Marquardt habe im Kulturausschuss gesagt, er könne zur Zeit kein Kulturkonzept vorlegen, frühestens könne das Ende des Jahres geschehen, es sei alles schwierig, und zu Aufgabenentlastung und zu finanzieller Entlastung für die Stadt werde es nicht führen; an anderer Stelle habe er das auch für den Sportbereich erklärt. Er frage sich, was Herr Dr. Marquardt außer Kultur und Sport noch für Aufgaben habe. Er habe noch die Bildung. Wolle er jetzt erzählen, dass bei den Schulen sein großer geheimer Plan liege, wo er das Geld sparen könne?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, in der Finanzklausur sei die Entscheidung getroffen worden, das Sommerkino auszuschreiben und nicht durch die Verwaltung weiter in dieser Weise zu führen. Das Besondere des städtischen Sommerkinos habe im Angebot des Programms bestanden. Inwieweit ein Kommerzieller dieses Programm realisiere werde, sei fraglich. Bei der Ausschreibung sollten jedoch entsprechende Auflagen vorgesehen werden.

Was die Vorwürfe gegenüber dem zuständigen Beigeordneten betreffe, so habe man in der Klausurtagung zum Sport drei Termine gesetzt, zur Vorlage - Priorisierung der Sportarten, zur Vorlage - Änderung der Verwaltung – und eine zum Sportstättenkonzept.

Diese Termine seien gesetzt und die Befürchtung, dass da nur geredet werde, sei unbegründet.

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, verwies mit einem Geschäftsordnungsantrag im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Kulturausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion in den

- K u l t u r a u s s c h u s s

verwiesen.

**Zu TOP 29 - Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS –
zum Wirken von Ganztagschulen in der Stadt
Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02579

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, erklärte, ihm sei signalisiert worden, dass man sich über die Frage, wie man zu einer solch zusammenfassenden Einschätzung gelangen könne, noch einmal verständigen und beraten wolle. Diese Anregung greife er auf und beantrage namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Bildungsausschuss.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** gab zu bedenken, man könne nicht einfach eine Zuarbeit des Schulamtes verlangen. Man könne sich bemühen, in Zusammenarbeit zu einem Ergebnis zu gelangen, jedoch einfach beschließen könne man das nicht. Das sollte bei der Diskussion im Ausschuss berücksichtigt werden.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, äußerte, sie möchte noch eine **Ergänzung** zu dem Antrag stellen, dass außerdem ein Vergleich der Kosten dieser Schulen mit entsprechenden Regelangeboten vorgelegt werden soll und ein Vergleich der in den letzten drei Jahren erzielten Abschlussergebnisse für den Haupt- und Realschulbildungsgang.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion in den

- Bildungsausschuss

verwiesen.

**Zu TOP 30 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Berufung eines
sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02582

Es gab keine Anmerkungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2002/02582 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Berufung eines
sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss**

**Herr Dieter S c h i k a wird als sachkundiger Einwohner für die PDS-Fraktion in den
Sportausschuss des Stadtrates Halle (Saale) berufen.**

**Herr Wolfgang R o b i t z s c h scheidet als sachkundiger Einwohner für die PDS-
Fraktion aus dem Sportausschuss aus.**

**Zu TOP 31 - Antrag der HAL-Fraktion - zur Einrichtung eines
Fußgängerüberweges im Bereich Kreuzung Waldstraße/
Blumenuweg/Kesselbergweg**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02587

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, bat, die in der Stellungnahme erwähnte Prioritätenliste im Planungsausschuss vorzulegen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, äußerte Bedenken, dort eine Insel zu bauen. Es sollte nur ein Fußgängerschutzweg geschaffen werden.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr **Bönisch**, ermahnte Frau Dr. Bergner, im Tagungsraum kein Handy zu betreiben. Dadurch werde die Tonaufnahmeanlage gefährdet. Auf einen Zwischenruf von Herrn Stemme zur allgemein schlechten Akustik im Saal riet er, sich zu derartigen Problemen deutlich zu artikulieren. Nur durch konkrete Hinweise könne eine erneute Prüfung durch die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung veranlasst werden.

Zu TOP 32 - Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss des Stadtrates

Vorlagen-Nr. III/2002/02613

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02613 – Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Berufung einer Sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss des Stadtrates

Herr Marco T u l l n e r wird als sachkundiger Einwohner aus dem Kulturausschuss des Stadtrates abberufen.

Der Stadtrat beruft Frau Anne P a u l als sachkundige Einwohnerin in den Kulturausschuss des Stadtrates.

Zu Anfragen von Stadträten

Zuerst werden alle Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Danach erfolgt die Niederschrift zur Diskussion während der Tagung.

**Zu TOP 33 – Anfrage der Unabhängigen Bürgerfraktion – zur
Denkfabrik**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02516

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 34 - Anfrage der Unabhängigen Bürgerfraktion - zur Nutzung
leerstehender Schulgebäude**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02562

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 35 - Anfrage des Stadtrates Dietmar Klimek, PDS – zur
Grundsteuerabrechnung bei der GWG Halle-Neustadt
mbH**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02575

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 36 - Anfrage der Stadträte Dr. Annegret Bergner, CDU, und
Thomas Godenrath, CDU - betreffend die Prüfung von
Elterneinkommen**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02577

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 37 - Anfrage der SPD-Fraktion - zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Vorlagen-Nr.: III/2002/02580

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, fragte nach, in der Antwort der Verwaltung werde formuliert, dass es erforderlich sei, die bestehende Satzung an die aktuelle Rechtsprechung anzupassen. Welche Passagen betreffe das?

Herr **Heinz**, Leiter der Stabsstelle Erschließung und Baukoordinierung, antwortete, in Kürze werde ein Entwurf der Änderungen zugehen. Es gehe z.B. um die Problematik Heranziehung übergroßer Wohngrundstücke.

Zu TOP 38 - Anfrage der Stadträtin Marlies Schaffer, PDS - zu Fragen der Ordnung und Sauberkeit

Vorlagen-Nr.: III/2002/02581

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, dankte für die Beantwortung. Sie vermisse jedoch Angaben zu den bisherigen Ausgaben der Stadt für diejenigen, die der Straßenreinigungspflicht nicht nachgekommen seien. Der Innenausschuss sollte sich mit dieser Thematik befassen.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, sagte zu, die gewünschten Angaben an die Fraktionen nachzureichen.

Zu TOP 39 - Anfrage der SPD-Fraktion - zum Bearbeitungsstand der Projekte im Rahmen des Programms "Urban 21" im Stadtteil Neustadt

Vorlagen-Nr.: III/2002/02586

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 40 - Anfrage des Stadtrates Dr. Günter Kraus, SPD – zur
Privatisierung des Kartenverkaufs für Veranstaltungen
der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02589

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 41 - Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff , HAL-NEUES
FORUM - zu Kindertageseinrichtungen**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02590

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 42 - Anfrage der Stadträte Dr. Günter Kraus und Andreas
Schmidt, SPD - zur Kulturkonzeption der Stadt
Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02592

Herr **Dr. Kraus**, SPD-Fraktion, meinte, er sei mit der Antwort nicht ganz zufrieden. Es werde allgemein das wiederholt, was seit Jahren moniert werde. Wenn geschrieben werde, der Entwurf für Kulturpolitische Leitlinien für die Stadt Halle (Saale) bis 2010 werde gegenwärtig innerhalb der Verwaltung beraten und dann nach breiter öffentlicher Diskussion den Ausschüssen und dem Stadtrat vorgelegt, so frage er, wann mit einem solchen Papier zu rechnen sei.

**Zu TOP 43 - Anfrage der SPD-Fraktion - zum Beschluss Vorlagen
Nr.: III/2001/01963 vom 27.03.2002, TOP 20, Antrag der
CDU-Fraktion zur Parkplatzsituation um den Hallmarkt**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02595

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 44 - Mündliche Anfragen von Stadträten

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, äußerte sich zu den **Radwegen** in **Halle-Neustadt** und damit verbundenen verkehrgefährdenden Situationen. Sie frage, warum habe man dort doppelte und gefährliche Fahrradwege ausgewiesen.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, erwiderte, die Verkehrsplanung sei mit allen betroffenen Ämtern und der Polizei abgestimmt worden. Es habe keine Hinweise gegeben, dass Gefährdungssituationen durch die Planung und Bauausführung provoziert worden seien. Er nehme jedoch die Anregung auf und biete einen Gesprächstermin an.

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, fragte, in welcher Form die Stadt die **Prioritätenliste** für die geplanten **Investitionen** des Haushaltsjahres **2002** abarbeiten wolle, nachdem der Teil der Haushaltssatzung, der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen umfasst, vom Regierungspräsidium nur zum Teil genehmigt worden sei und hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigungen gar keine Genehmigung gegeben worden sei. Eine weitere Anfrage beziehe sich auf die **"Denkfabrik"**. Auf welcher Grundlage könne ein Beigeordneter eine derartige Strukturänderung herbeiführen wie die "Denkfabrik"? Hier gebe es eine Aufgabenverlagerung, bestimmte Aufgaben würden in der Stadtverwaltung nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang durchgeführt, auch gebe es einen bedeutenden Kostenzuwachs. Sie interessiere, wie diese Art der Strukturänderung möglich sei, ohne dass der Stadtrat und seine Gremien damit befasst gewesen seien. Sollte dies heute nicht beantwortet werden können, bitte sie um eine schriftliche Antwort.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete zum Thema "Denkfabrik": Hinter der guten Idee stehe die Verwaltung nach wie vor. Ob sie weiter zu realisieren sei, müsse natürlich geprüft werden, denn wenn dieses Projekt weitergeführt werden solle, müsse es an bestimmten Stellen wesentlich verbessert werden, und das würde Geld kosten. Das habe man auch in der Haushaltsklausur ausführlich diskutiert. Die Stadtverwaltung werde das Thema "Denkfabrik" im nächsten Jahr nur in der Weise weiterführen, dass man den Platz für ein, zwei interessante Diskussion im Zusammenhang mit der Bauausstellung, die das Land anstrebe, besetze. Die Stadtverwaltung sehe sich zur Zeit nicht in der Lage, die Mittel einzuordnen, um das Projekt zu einer dauerhaften Veranstaltung zu machen. Man wolle sich jedoch bemühen, vielleicht Mittel, die in der Vorbereitung für diese internationale Bauausstellung vom Land eingestellt werden, dafür zu beantragen, um das Gebäude teilweise zu sanieren und zu nutzen.

Eine Strukturänderung, die hier dahinterstehen solle, könne sie nicht sehen. –

Nach Hinweisen aus dem Stadtrat auf entsprechende Ausführungen in einer Stellungnahme der Verwaltung erklärte sie, das werde sie sich noch einmal genau anschauen. Es bestehe jedoch Klarheit, dass die Stadt im nächsten Jahr dafür keine zusätzlichen Mittel verwenden werde.

Die betreffende Stellungnahme der Verwaltung sei vor der Haushaltsklausur geschrieben worden; die dort getroffene Entscheidung habe noch nicht berücksichtigt werden können.

Herr **Funke**, Beigeordneter für Zentralen Service, nahm Bezug auf die angesprochene Prioritätenliste. Sie sei von der Beigeordnetenkonferenz festgelegt worden. Es sei beabsichtigt, sie in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses der Politik vorzustellen.

Herr **Voß**, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Stadt Leipzig in überörtlichen Tageszeitungen mit der Möglichkeit, verbilligt Wochenenden in der Stadt verbringen zu können, werbe. Dazu gebe es ein entsprechendes Angebotspaket.

Der **Marketingklub** der Stadt Halle habe sich bereits zu dieser Idee positiv geäußert. Er frage die Stadt, ob es möglich sei, hier unterstützend tätig zu werden, um entsprechende Anzeigen auch für Halle zu entwerfen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, das betrachte sie nicht als Aufgabe der Stadtverwaltung. Halle-Tourist könne sich natürlich mit dieser Aufgabe befassen, dorthin sollte diese Anregung gelenkt werden.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, fragte, was getan werde, um die Einrichtung der **Tempo-30-Gebiete** durchzusetzen. Im Paulusviertel z.B. seien die entsprechenden Schilder weggekommen, tagsüber halte sich mancher an die Tempobegrenzung, nachts niemand.

Herr **Doege** antwortete, das Thema sei mehrfach mit der Polizeidirektion besprochen worden. Auf die Überwachung des fließenden Verkehrs habe die Stadt keine Möglichkeit der Einflussnahme.

Herr **Ei-Khalil**, CDU-Fraktion, äußerte, im Zusammenhang mit der Absage des Laternenfestes solle ein **Benefizkonzert** stattfinden, das vom städtischen Kulturbüro organisiert werde. Man hätte Kosten von ca. 50 T€ (Bühnenbau) einsparen können, wenn man sich mit den Mitarbeitern des MDR, vom Sender "**Jump**" hätte darüber einigen können, was da stattfinden solle. Er kenne nur die Aussage von dieser Seite und frage nach der städtischen Haltung.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, selbstverständlich sei der Stadt das Angebot von "Jump" bekannt gewesen, und es habe intensive Bemühungen der Stadt gegeben, eine Einbeziehung von "Jump" zu ermöglichen. Eine gemeinsame Veranstaltung auf dem Markt sei aber nicht zustande gekommen.

Herr **Dr. Furchert**, Fachbereichsleiter Medien und Kommunikation, ergänzte, die Stadt habe sich bemüht "Jump" auf den Markt zu bringen. Im Hinblick auf die technische Absicherung und ein parallel dazu stattfindendes Konzert des Philharmonischen Orchesters habe es Schwierigkeiten gegeben und es sei nicht die Möglichkeit gefunden worden, den Sender dort einzubeziehen, so dass dieser dann entschieden habe, sich zurückzuziehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** warf ein, vielleicht könne man im Nachhinein noch etwas versuchen.

Herr **Bönisch** meinte, er hoffe, die Frage bleibe im Blick und man finde die entsprechend günstige Lösung.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, ging auf ein Versprechen der Oberbürgermeisterin vor einem Jahr ein, eine **Vorlage** zum **Rotationsprinzip** an korruptionsgefährdeten Stellen in der Verwaltung vorzulegen. Er erwarte eine solche Vorlage und frage nach dem Zeitpunkt der Vorlage.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dies sei eine reine Organisationsentscheidung der Verwaltung, die nicht dem Stadtrat vorgelegt werden müsse. Eine solche Verordnung gebe es, sie werde zum Teil schon angewendet. Die Bereiche, die sie noch nicht anwenden, seien noch einmal schriftlich aufgefordert worden, Vorschläge zur Umsetzung zu machen. Natürlich könne sie zu dieser Umsetzung einmal berichten.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, erklärte im Juni dieses Jahres habe er eine Anfrage (Vorlagen Nr. III/2002/02342) gestellt, die damals in der Presse genannten 17 Mio € aus dem BERGER Konzept zur Einsparung im öffentlichen Personennahverkehr betreffend. Er habe gefragt: **1. Welche eigenen Überlegungen werden in den zuständigen Ämtern geführt, um bei Erhaltung der gegenwärtigen Attraktivität des halleschen ÖPNV einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts zu leisten?**

2. Unter welchen Konditionen kann sich die Stadt Halle (Saale) in der Stadt Halle selbst oder erweitert auf das Gebiet des MDV einen umlagefinanzierten ÖPNV als Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes als auch der Haushalte aller anderen in der MDV GmbH beteiligten Körperschaften vorstellen?

Mittlerweile habe sich die PDS-Fraktion zur Frage 2 ein eigenes Konzept erarbeitet. Ihn würde allerdings der Standpunkt der Ämter dazu interessieren.

Die damalige Antwort der Verwaltung habe gelautet: Über erste Ergebnisse werden wir den Stadtrat voraussichtlich im August informieren können.

Er frage nach dem gegenwärtigen Stand. Wann könne mit der **Beantwortung** dieser Fragen gerechnet werden?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Bönisch** erwähnte eine mündliche Anfrage der SPD-Fraktion, die schriftlich eingereicht worden sei bezüglich **eines Maßnahmenplanes zur Vorbereitung auf außergewöhnliche Überflutungen durch Saale und Elster im Bereich des Stadtgebietes.**

Dazu sei bereits eine schriftliche Antwort gegeben worden (siehe Anhang zu diesem TOP).

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, fragte zu schriftlichen Antworten zweier Anfragen.

Herr **Bönisch** warf ein, dass vereinbart worden sei, hier nicht durch Dritte zu fremden Anfragen nachzufragen.

Herr **Lehmann** stellte die Frage, warum die Stadtverwaltung in ihrem Zeitplan zur **Erhebung der Straßenausbaubeiträge** vorsähe, dass ein **externes Büro** mit der Beratung und Unterstützung der Stadt bei der Abrechnung der Beiträge 1991 bis 1999 eingesetzt werden soll. Warum könne die Stadt das nicht mit eigenem Personal leisten?

Eine weitere Frage betreffe die **Parkplätze am Hallmarkt**. Nach seiner Erinnerung seien einige Stellplätze an der westlichen Seite des Hallorenrings im Konzept vorgesehen gewesen, die bis heute nicht eingerichtet worden seien.

Er bitte um eine schriftliche Antwort.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Verwaltung habe die Kosten geprüft, die anfallen würden, wenn städtische Mitarbeiter diese Stoßarbeit in kurzer Zeit durchführen müssten (Neueinstellungen bzw. Umschulungen). Dem gegenüber seien die Kosten für die zeitweilige Beauftragung eines Büros gestellt worden. Man habe sich für die billigere Variante (Büro) entschlossen.

Für die dauerhafte Abrechnung der Straßenausbaubeiträge würden zwei bis drei Mitarbeiter benötigt.

Herr **Doege** ergänzte, es gehe um die Aufarbeitung von 90 Straßenbauvorhaben, die in diesem Zeitraum angefallen seien. Dies sei aus der laufenden Verwaltung mit dem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht realisierbar.

Herr **Heinz**, Leiter der Stabsstelle Erschließung und Baukoordinierung, bestätigte, dass ein externes Büro maximal ein Jahr damit beschäftigt sei. Es gehe um das professionelle Erarbeiten einer großen Menge von Bescheiden, die bis Ende des Jahres 2003 ergangen seien müssten.

Herr **Doege** verwies darauf, zu den Parkplätzen am Hallmarkt sei heute eine schriftliche Antwort der Verwaltung gegeben worden.
Auf Zuruf wurde mitgeteilt, dass diese Information nicht ausreiche.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, bat den Vorsitzenden des Stadtrates mit einem **Geschäftsordnungsantrag**, bis zur nächsten Stadtratstagung einen Weg zu suchen, wie man ein **Handy-Einschaltverbot** während der Tagungen des Stadtrates umsetzen könne.

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, antwortete, er sehe da wenig Chancen. Er habe keine Möglichkeiten zu bestrafen. Er könne nur appellieren.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu Mitteilungen

Zu TOP 45 – Realisierung des Sachantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage – Haushaltssatzung und Haushaltssicherung 2002 bis 2007 - Vorlagen-Nr.: III/2002/02232 - Vorlagen-Nr.: III/2002/02406

Es lag ein **schriftlicher Bericht "Haushaltkonsolidierung Stadt Halle (Saale),
2. Gesamtstatusbericht (Stand 26.07.2002)"** vor.

Zu TOP 46 - Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2002 Vorlagen-Nr.: III/2002/02567

Es lag eine **Informationsvorlage zur Kenntnisnahme** vor.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, der Stadtrat müsse sich mit einem Beschluss zum Vergabegesetz befassen. Die Verwaltung werde eine Vorlage erarbeiten, die der neuen Gesetzgebung angepasst ist.

Herr **Bönisch** informierte, Anträge auf Akteneinsicht seien gestellt worden von der SPD-Fraktion zum Thema Stundung der Parkplatzablösegebühren, von der CDU-Fraktion zum Thema Kaufhof und Haus Markt 23 im Zuständigkeitsbereich des Beigeordneten für Planen und Bauen, und von Herrn Stadtrat Köhler zum Thema Kleine Ulrichstraße 27.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, äußerte sich zur Wahlwerbung . Alle zur Wahl stehenden Parteien seien über die entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen (u.a. Mindesthöhe der Anbringung von Plakaten) informiert worden; er bitte die Stadträte, in ihren Parteien einzuwirken, diese zu beachten. Derzeit gebe es bereits massive Bürgerbeschwerden betreffs Nichteinhaltung dieser Regeln.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, teilte mit, dass er der heutigen Sitzung des Regionalausschusses in Merseburg ein Dokument übergeben habe, in dem er darauf hinweise, dass eine Bestimmung der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft offensichtlich rechtswidrig sei. Ferner informierte er die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft, dass es neue Entwicklungen hinsichtlich des TOP Umgang der Regionalen Planungsgemeinschaft mit Stellungnahmen, die von den unteren Behörden kommen. Für Nachfragen dazu stehe er zur Verfügung.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 34. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin

